

POLITISCHE PROZESSE

Aktenmäßige Darstellungen herausgegeben von Robert Breuer

Heft I

Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses

Auf Grund des amtlichen
Stenogramms bearbeitet

von

Karl Brammer

Bb

BERLIN 1922

AG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. M. B. H.

126548

In der vorliegenden Sammlung sollen aktenmäßige Darstellungen politischer Prozesse gegeben werden.

Der Zweck dieser Veröffentlichungen ist ein politischer. Die Republik soll im Kampf gegen ihre Feinde unterstützt und in ihrem Ausbau gefördert werden.

Insofern wollen diese Hefte republikanische Macht schaffen helfen. Sie wollen dies mit den Mitteln des Rechts.

Die Darstellungen stützen sich auf den aktenmäßigen Befund der politischen Prozesse, wie sie die Republik führen muß und wie sie kennzeichnend sind für die Struktur und die Konzentration der Republik. Tatsachenmaterial soll auf das gesunde Rechtsempfinden des normalen Menschen wirken. Von der Wucht dieser Tatsachen erhoffen wir eine hinlängliche Erfüllung unserer gerechten politischen Absicht.

Die Reihe dieser Dokumente wird fortgesetzt, solange Festigung der republikanischen Staatsmacht und Belichtung ihrer Gegner erforderlich ist. Wir wären nur zufrieden, wenn wir bald das letzte Dokument von der Zeiten Unverständigkeit veröffentlichen könnten.

HEFT I:

Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses

Auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet von Karl Brammer

★

HEFT II:

Der Fall Fechenbach vor dem Münchner Volksgericht

Eine aktenmäßige Darstellung von Rechtsanwalt Dr. Hirschberg

★

In Vorbereitung befinden sich:

Das Attentat gegen Scheidemann

*Auf Grund der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof
von Justizrat Werthauer*

Die Geheimbund-Prozesse

Das politische Ergebnis des Rathenau- prozesses

Auf Grund des amtlichen Stenogramms

bearbeitet von

Karl Brammer

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Partei Vorstand
Bibliothek

A26548
R. K. 98

BERLIN 1922

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G.M.B.H.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der
Üebersetzung vorbehalten
Copyright 1922
by Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses	5
Drei Dokumente.	
Die Einleitung zur Urteilsbegründung des Staatsgerichtshofes . . .	13
Aus der Anklagerede des Oberreichsanwalts	14
Ein Brief	17
Die Angeklagten.	
Die Gerichteten	18
Ernst Werner Techow	18
Hans Gerd Techow	18
Willy Günther	20
Ernst von Salomon	21
Tillessen	22
Hartmut Plaas	23
Warum Rathenau ermordet wurde?	
Aus der Gedankenwelt der Täter	25
Das Gespenst des Bolschewismus	30
Die Geldfrage	31
Niedrigs Standpunkt	32
Politisches Verbrechen oder gemeiner Mord?	32
Die Organisation C.	
Ernst Werner Techow, Befehlsempfänger der O. C.	33
Der Ausschluß Hans Gerd Techows	34
„Großer Betrieb“	34
Spitzel	34
Filiale Hamburg	35
Glieder einer Kette	36
Alle Mann in Berlin zur Stelle	36
Die Auffassung des Oberreichsanwaltes	37
Der Mord und die O. C.	41
Der rätselhafte Giftmordversuch	41

	Seite
Geld und Geldgeber.	
Aufwandsfelder	43
Das Geld für die Ausführung des Mordes	43
Tillessens Gelder	44
Geldgeber für „nationale Unternehmungen“	45
Mordatmosphäre.	
„Dicke Sache“	46
„Nationale Sache“	46
Waffenlager bei Küchenmeister	47
Sturmsoldatenabend	47
Schwedenpunsch und Kognak am Vorabend	47
Nach der Tat: Siechenbräu, Waldschenke, Korpshaus Teutonia	48
Die Lustfahrt und der Blumenstrauß	48
Günthers Beziehungen	49
Nestabend des deutschnationalen Jugendbundes	51
Moralische Verlotterung	53
Judenhetze.	
Briefe	54
Ein Jugenderzieher	54
Der Mordplan des Gymnasiasten Stubenrauch	56
Gefahr für die Zukunft	59
Das Urteil	61



Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses.

Im Burgturm der Ruine Saaleck, einem letzten Trutzzeichen grauer Vorzeit, sind die beiden Mörder Rathenaus vom rächenden Schicksal erreicht worden. Einer wurde durch den Schuß eines Polizisten getötet, der andere nahm sich danach in der Verzweiflung selbst das Leben. Bis auf den der Beihilfe verdächtigen Küchenmeister, den Besitzer des Mordautos, der in Innsbruck der Auslieferung harrt und bis auf Brandt, der wegen dringenden Verdachts der Beihilfe flüchtig geworden ist, ist die „traurige Nachlese“ der Helfer und Begünstiger des Mordes an Rathenau von dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig abgeurteilt worden. Ueber die Verhandlung und die Verhandlungsführung hat sich in der Oeffentlichkeit eine Erörterung entsponnen, die hier nicht fortgesetzt werden soll. Hier handelt es sich um das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses. Um von vornherein gewisse Verdunkelungsversuche zu zerstören, sind in dieser Darstellung aus den rund fünfzehnhundert Seiten des amtlichen Stenogramms die Teile veröffentlicht worden, die den politischen Untergrund der furchtbaren Mordtat an Rathenau beleuchten. Eine solche zusammenfassende Darstellung wurde auch aus dem Grunde notwendig, weil die Presseberichte im allgemeinen und wegen der ungünstigen akustischen Verhältnisse des Verhandlungsraumes im besonderen kein einheitliches und kein vollständiges Bild der politischen Spiegelungen des Rathenauprozesses geben konnten.

Endlich ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Freunde und die Gegner der deutschen Republik aus dem politischen

Ergebnis dieses Prozesses die Lehren ziehen und die Warnungen entnehmen, die allein der Entwicklung des deutschen Volkes frommen.

*

Ueber die Verdunkelungsabsichten und über die politische Auswertung dieses Prozesses durch gewisse Kreise muß einleitend noch ein Wort gesagt werden. In welcher Weise das System der politischen Vernebelung angewendet wird, dafür zeugen am treffendsten zwei Beispiele der „Deutschen Zeitung“. Am 17. Oktober schrieb der von der Kappregierung zum Reichsfinanzminister in Aussicht genommene Oberfinanzrat Dr. Bang in diesem Blatte, daß die Deutsch-Völkischen nie stolzer waren als nach diesem Prozeß, „der einen so erbärmlichen Zusammenbruch der ruchlosen Hetze ‚gegen rechts‘ gezeitigt hat“. Und einen Tag später forderte der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Maurenbrecher: „Jetzt sollen Reichskanzler und Reichstagspräsident für ihre Reden vom 24. Juni Rechenschaft ablegen. Jetzt sollen die nationalen Kreise vor Gericht Sühne fordern für den Schimpf, den man ihnen damals angetan hat! Jetzt sollte im ganzen Lande ein Sturm sich erheben gegen die ‚Schutzgesetze‘, die aus jener hysterisch überreizten Stimmung kamen und die nun vor Gericht als völlig gegenstandslos erwiesen sind. Wenn sie ehrlich wären, müßten jene demokratisch-sozialistischen Hetzer in und außerhalb der Regierung nun de- und wehmütig Abbitte tun für all das Unheil, das sie damals angerichtet haben!“

Solche und ähnliche Aeüßerungen stellen eine geradezu ungeheuerliche Fälschung des Tatbestandes dar. Demgegenüber kann als politisches Ergebnis des Rathenau-Prozesses festgestellt werden, daß die Ausführungen des Reichstagspräsidenten und des Reichskanzlers durch den Prozeß ihre volle Bestätigung gefunden haben. Die Täter haben, wie der Reichstagspräsident sagte, Gehilfen, sie haben Spießgesellen gehabt, und das Blut des Ermordeten fällt, um mit Löbe zu reden, auf die, die dazu anreizten; es fällt auf die, die frühere Anschläge, wenn sie nicht gelangen, mit Spott und Hohn begleiteten und das Andenken

der Opfer zu besudeln wagten. Die Tat wäre nicht geschehen ohne die grenzenlose und gewissenlose Hetze gegen die Männer, die an der Spitze der Regierung stehen.

„Hetze gegen rechts“. Immer wieder hat man dem Reichskanzler Dr. Wirth diesen Vorwurf gemacht. Wie steht es damit? In seiner Rede vom 25. Juni erklärte Wirth zum Schluß: „Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt, da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!“ Es ist ein bitterernstes Wort, das Wort vom Feind unter den Volksgenossen; große werktätige Massen des Volkes haben grundlos und schutzlos jahrzehntelang unter dieser Bezeichnung gestanden. Wie steht es aber jetzt: Hier ist ein kranker Volkskörper, und wer da Mephistoarbeit betreibt und Mordatmosphäre schafft, ist ein Feind im Volkskörper. Wer ein politisch und menschlich reines Gewissen hat, wird sich nicht getroffen fühlen, und diejenigen, die gemeint sind, müssen erkennen lernen, daß das angerichtete Unheil wieder gutgemacht werden muß.

*

Im Hinblick auf die Verbindungen, die zwischen der Tat, den Tätern und den Geheimorganisationen bestehen, ist von gewisser Seite nach dem Urteil behauptet worden, nun sei es erwiesen, daß solche Verbindungen nicht bestanden hätten. Die „Hamburger Nachrichten“ z. B. behaupten frischweg, der Staatsgerichtshof habe die Annahme eines Komplottes oder einer organisierten Mörderbande ausdrücklich fallen lassen. In Wahrheit liegen die Dinge doch wesentlich anders. Im einzelnen geben die Verhandlungsberichte hier ein Bild, aus dem jeder seine Schlüsse selbst ziehen kann. Auf die betreffende Stelle der Urteilsbegründung sei aber hier noch einmal ausdrücklich hingewiesen. In der Begründung heißt es: „Zwar ist die Möglichkeit vorhanden, daß eine solche Organisation, die den Mord Rathenaus betrieb, bestanden hat, bewiesen ist es jedoch bisher nicht.“ Im Rathenau-Prozeß konnte ein stichhaltiger Beweis noch nicht erbracht werden, das kleine Wörtchen „bisher“ wird aber beweisen, daß noch nicht aller Tage Abend ist. Noch schwebt der Prozeß gegen die

Organisation C., und das Staatswohl heischt gebieterisch, daß alles Dunkel, das über dieser Organisation, das über den Morden und Mordanschlägen, von der Ermordung Erzbergers bis zum Giftmordversuch an Günther, noch lagert, verscheucht wird. Dann, wenn das Rätsel der Geheimorganisationen gelöst ist, wird auch die Frage der Hintermänner und Geldgeber geklärt sein. Wenn jetzt in einem Blatte behauptet wird, daß die Verhandlung den schlüssigen Beweis dafür erbracht habe, daß den Personen, die an dem Mordplan beteiligt waren, keine irgendwie beträchtlicheren Mittel zur Verfügung standen, so ist das unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß sowohl die Mörder als auch die Organisationen über Geld verfügt haben, das von Hintermännern stammen muß.

Das furchtbarste politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses ist aber die Feststellung vom Vorhandensein einer Mordatmosphäre in Deutschland. Der Reichskanzler hat am 25. Juni von „politischer Vertiertheit“ gesprochen. Er hat dabei an die anonymen Briefe erinnert, die die arme Frau Erzberger erhalten hat. Jetzt sind dafür noch neue traurige Beweise vorhanden, Beweise, denen gegenüber das Wort von „moralischer Verlotterung“, das der Zeuge Behrens gebrauchte, noch gelinde ist. Wenn man die Gründe liest, warum Rathenau sterben mußte, wenn man die Begleitumstände nach den Verhandlungsberichten verfolgt, so erkennt man mit Schaudern, daß hier ein politischer und ethischer Tiefstand erreicht ist, der nicht mehr unterboten werden kann. Daraus muß die andere Erkenntnis wachsen, wieviel uns allen noch zu tun bleibt, um wieder in die Höhe zu kommen. Bis dahin aber ist noch ein weiter Weg. Einstweilen werden Liebesgaben für Techow gesammelt, und man bewundert den gar nicht vorhandenen Mut, mit dem Kern und Fischer die „Konsequenzen gezogen“ haben. Und schon ist auch die gewisse Presse am Werke, um zwar gespreizt von der Tat abzurücken, die Täter aber zu glorifizieren. Die „Deutsche Zeitung“ hat den traurigen Mut zu schreiben: „Es ist im Grunde Edelsinn, nicht Gemeinheit, was sie zu Verbrechen gemacht hat. Sie halten in einer demokratisch entnervten Zeit auf ihre Offiziersehre und auf ihr Ehrenwort, auf Führertum und Gefolgschaft... „Feige Mord-

buben', wie man sie seit Monaten beschimpft hat, sind sie nicht. Sie haben ihre Haut zu Markte getragen.“ Wenn man das gelesen hat, muß man auch hören, was die Urteilsbegründung sagt, und zwar bei der Frage der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte: „Ob antisemitische Gesinnung überhaupt als politisches Motiv anzusehen ist, kann dahinstehen, denn auch politische Verbrechen können in der Ausführung und in ihren Beweggründen gemein und ehrlos sein. Das trifft hier in vollkommensten Maße zu. Es handelt sich hier um feigen, hinterlistigen Meuchelmord, es handelt sich um unverantwortliche Schwachheit und moralische Kraftlosigkeit des Angeklagten (Techow) gegenüber dem Ansinnen des schändlichen Mörders Kern.“ Welcher Gegensatz zwischen Ernst Werner Techow und jener Forderung der Urteilsbegründung: „Der Staatsbürger muß so viel Rückgrat haben, einem verbrecherischen Ansinnen zu widerstehen, auch wenn er dadurch sein Leben der Gefahr aussetzt!“

*

Im Rathenau-Prozeß ist auch der Name des Mannes genannt worden, der im Jagow-Prozeß als Zeuge vernommen worden ist: General Ludendorff. Ueber seine Beziehungen zu dem verurteilten Angeklagten Günther gibt das amtliche Stenogramm Auskunft. Nun hat der General am 1. November eine Erklärung veröffentlichen lassen, in der er sich dagegen wendet, daß politische Mordanschläge in der Wegrichtung lägen, von der er eine Wiederaufrichtung Deutschlands erhoffe. Solche Behauptungen gehörten zu jener Lüge, durch die wegen ihres erzieherischen und vaterländischen Wirkens ihm nahestehende Verbände, zum Beispiel der Verein nationalgesinnter Soldaten, der Jungdeutsche Orden, dem Gesetz zum Schutz der Republik zum Opfer gefallen seien. Was die erzieherische Wirkung des Vereins nationalgesinnter Soldaten anlangt, so bedarf es nur der Feststellung, daß ihm eine Reihe der verurteilten Angeklagten angehört haben, und was den Jungdeutschen Orden betrifft, so sagte in Beziehung auf das vaterländische Wirken der Angeklagte v. Salomon: „Man sang bei besoffenen Köppen ‚Heil dir im Siegerkranz‘.“ Im übrigen

ist zu hoffen, daß über das Wirken der genannten Verbände noch volle Aufklärung geschaffen wird. Doch das nebenbei.

Was ist denn die Wegrichtung des Generals Ludendorff? Dafür nur drei Belege.

Der Reichsjustizminister Dr. Radbruch hat auf die Reichstagsanfragen Nr. 1276 und Nr. 3191 u. a. geantwortet: „Bei diesem Sachverhalt ergibt sich der Eindruck, daß General Ludendorff über die politischen Anschauungen und Ziele der am Kapp-Putsch hauptsächlich Beteiligten im allgemeinen unterrichtet gewesen ist und das Unternehmen selbst mit sichtbarem Interesse begleitet hat.“

In der Reichstagsrede vom 25. Juni 1922 sagte der Reichskanzler Dr. Wirth u. a.: „Da wundert es mich nicht mehr, daß diese Erkenntnis den General Ludendorff veranlaßt hat, in einer englischen Zeitschrift einen Artikel zu schreiben und für Deutschland die Diktatur zu empfehlen. Dieser Artikel ist eines deutschen Generals unwürdig!“

Und zum dritten: In seinem Buche „Kriegführung und Politik“ schreibt General Ludendorff auf Seite 322 u. a.: „In letzter Zeit mehren sich die Veröffentlichungen, die die Stellung des jüdischen Volkes klarer beleuchten... Ich möchte für Leser, die ein selbständiges Urteil gewinnen wollen, noch besonders auf folgende Veröffentlichungen hinweisen:

„Der internationale Jude. Ein Weltproblem.“ Von H. Ford, Dearborn (Michigan) 1920, Deutsch von P. Lehmann, Leipzig 1921.

„Die Geheimnisse der Weisen von Zion“. Von Gottfried zur Beek, Charlottenburg, 5. Auflage 1921.“

Der Hinweis auf das Buch von Ford dient einem Manne, der ebenso sehr ein fanatischer Gegner der Juden als ein fanatischer Gegner des Deutschtums ist. Und der Hinweis auf „die Geheimnisse der Weisen von Zion“ bezieht sich auf ein Druckerzeugnis, dem der Staatsgerichtshof in der Urteilsbegründung zum Rathenau-Prozeß ausdrücklich attestiert hat, daß es eine „gemeine Schmähchrift“ sei und ein Bei-

spiel für den verantwortungslosen fanatischen Antisemitismus, der den Juden als solchen ohne Rücksicht auf die Person schmählt und so Mordinstinkte in unklare und unreife Köpfe sät.

Diese drei Belege sind unbestreitbar. Sie kennzeichnen die Wegrichtung des Generals Ludendorff besser als große Worte und Erklärungen. Bleibt nur festzustellen, daß diese Wegrichtung geradezu in die Mordatmosphäre einführt.

*

Im Nebel der Mordatmosphäre steht die neue Jugend. Nicht die Starken, die Schwachen, die von der Demagogie im Dunkeln auf den falschen Weg geschoben wurden, werden zu Werkzeugen und werden zum Opfer. Vom Erleben des Krieges blieben vielen in der Erinnerung nur die Imponderabilien der gesellschaftlichen Vormachtstellung früher herrschender Klassen, nachdem die wirtschaftliche Umschichtung eine Folge des verlorenen Krieges geworden ist. Jugendlichen, Kindern noch, die nie ein Schlachtfeld und verkrampfte Leiber sahen, wird die „große Zeit“ und das „alte Reich“ vorgegaukelt. Große Worte gehen um: „Führernatur“, „Pflichterfüllung“, „Geist von Potsdam“. Wertvolles wird umgedeutet, wird verfälscht, wird in diese Wegrichtung gelenkt: Haß gegen den Staat, gegen Republik und Demokratie! Und dazu sagt der Staatsgerichtshof: „Es ist dies die furchtbare Kehrseite der sonst so wertvollen altpreußischen Disziplin, die unter Umständen den Kadavergehorsam erzeugt und schwache Naturen auch verbrecherischen Ansichten der Vorgesetzten gegenüber widerstandsunfähig macht.“

Seltsame Jugend! Man könnte verstehen, daß eine neue Jugend sich von der Generation abwendet, die den Krieg nicht verhindern konnte und die ihn verlor. Die Jugend aber, die ganz unjugendlich den Götzen von gestern nachläuft, hat keine Hoffnung, weder nach innen noch nach außen, den Frieden und damit die Zukunft zu gewinnen. Wir wissen freilich nur zu gut, daß die Hauptschuldigen, die die Menschheitserneuerung und Friedensgesinnung verhindern, außerhalb unserer Grenzpfähle sitzen. Der Imperialismus der Gewaltigen in Paris und an anderen Orten muß naturnotwendig denen in die Hände

arbeiten, die bei uns den „nationalen Gedanken“ für ihre eigenen Zwecke propagieren. Wenn einmal später ohne politische Rücksichtnahme die Geschichte unserer Tage geschrieben werden kann, dann wird sich erweisen, daß Stütze und Rückgrat deutscher Art und deutscher Kultur im wesentlichen die deutsche Arbeiterschaft gewesen ist. Es braucht in diesem Zusammenhange nur an Oberschlesien und an die besetzten rheinischen Gebiete erinnert werden.

Noch braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß wertvolle Kräfte unseres Volkes auf die Dauer der deutschen Republik ihre Mitarbeit nicht versagen wollen, noch kann angenommen werden, daß alle Erscheinungen der letzten Jahre Kriegsfolgen waren, die überwunden werden. Dessenungeachtet bleibt als staatspolitische Notwendigkeit, daß der Jugend, die von unten herauf will, der Weg geebnet werden muß.

Es ist indessen jetzt nicht mehr die Zeit, auf die Sinneserneuerung und die Willensänderung der Verführer und der verführten Jugend zu hoffen und zu warten und nichts zu tun. Der Staat muß handeln; er hat die Mittel dazu. Handeln allein kann und muß die Gesundung beschleunigen. Für den Staat kann man das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses in die Sätze zusammenfassen, die der hervorragende Mitschöpfer der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, in seinen „Bergbriefen“ schrieb: „Ueberhaupt ist es eine falsche und stets erfolglose Taktik, die einer verantwortungslosen Demagogie durch Ausweichen, halbes Nachgeben, Rücksichtnehmen, Schonung von Gefühlen die Spitze abbiegen möchte; sie bewirkt das Gegenteil ihrer Absicht, indem sie die schwankenden Vielzuvielen durch ihre Schwäche abstößt und den scheinbar so mannhaften Demagogen zutreibt. Gegen deren rücksichtslose Anwürfe empfiehlt sich dreifache Rücksichtslosigkeit der Abwehr. Die Majestät der Republik bedarf auch der Ruten und — der Beile; sie darf ihrer nicht spotten lassen!“

Drei Dokumente.

1.

Die Einleitung zur Urteilsbegründung des Staatsgerichtshofes.

Eins der fluchwürdigsten Verbrechen, welches die Geschichte kennt, ist Gegenstand dieser Verhandlung gewesen. Durch feigen Meuchelmord ist eines der edelsten, wertvollsten Menschenleben ausgelöscht, ein ungeheurer Frevel an der Menschheit ist an unserem armen gequälten Vaterlande verübt worden, dem der Tod Rathenaus unsäglichen Schaden gebracht hat und noch bringen wird. Er wird vielleicht in dem furchtbaren Winter, der uns bevorsteht, den Tod von Hunderttausenden von Greisen und Kindern zur Folge haben. Denn gerade Rathenau wäre der Mann gewesen, den Gefahren, welche uns von außen und innen bedrohen, wirksam entgegenzutreten. Feige Mörder haben ihn nach einem wohlvorbereiteten Plane hinterlistig, nach allen Regeln der Mordkunst, aus dem Wege geräumt. Sie haben keineswegs mit einer Entdeckung gerechnet, sie haben vielmehr gehofft, sich der Strafe ebenso zu entziehen wie die Mörder Erzbergers, wofür ihnen auch Hilfe zur Seite stand. Nur der ungeheuren Empörung über ihre Tat, die sich überall an ihre Sohlen heftete, ist es zu danken, daß sie nach monatelanger Verfolgung gestellt wurden und dem Tode verfielen. Damit ist die Tat an den Hauptschuldigen, den eigentlichen Mördern, gesühnt.

Hier bleibt nur eine traurige Nachlese: Die Bestrafung der jungen Gehilfen und Werkzeuge, die der Haupttäter Kern in ruchloser, kaltblütiger Weise als älterer Offizier unter Mißbrauch seines Ansehens in seinen Bann zog, um mit ihrer Hilfe die Freveltat zu verüben, um sie dann gleichgültig

ihrem Schicksal zu überlassen. Obwohl man ihnen aus diesem Grunde neben der Verachtung der feigen Unterwürfigkeit und dem Mangel jeden ethischen Gefühls ein gewisses Mitleid nicht versagen kann, mußte sie, soweit sie schuldig befunden wurden, doch eine schwere Strafe treffen, um solchen Untaten für die Zukunft möglichst vorzubeugen.

Hinter den Mördern und Mordgehilfen aber erhebt als der Hauptschuldige der verantwortungslose fanatische Antisemitismus sein haßverzerrtes Gesicht, der mit allen Mitteln der Hetze und Verleumdung, von der die hier zur Sprache gekommene gemeine Schmähchrift „Die Geheimnisse des Weisen von Zion“ ein Beispiel ist, den Juden als solchen ohne Rücksicht auf die Person schmäht und so Mordinstinkte in unklare und unreife Köpfe sät. Möge der Opfertod Rathenaus, der sich wohl bewußt war, welchen Gefahren er mit Uebernahme seines Amtes entgegnetrat, möge die Aufklärung, welche diese Verhandlung über die Folgen gewissenloser Verhetzung gebracht hat, möge schließlich der jedes nicht versteinte Herz bewegende Brief der ehrwürdigen Mutter des edlen Toten dazu dienen, die verpestete Luft in Deutschland zu reinigen und das in dieser Verwilderung der Sitten versinkende schwerkranke Deutschland der Genesung entgegenführen.

2.

Aus der Anklagerede des Oberreichsanwalts.

Wenn wir fragen, was die Beweggründe zu dieser Tat gewesen sind, die nicht nur ein Verbrechen gegen den ermordeten Minister, sondern auch ein Verbrechen gegen das deutsche Volk ist, dem damit einer seiner besten und fähigsten Köpfe entzogen wurde, so nennen uns die Täter selbst als Beweggründe: Rathenau war ein Schädling, Rathenau war Jude, er war internationaler Jude, er hat den Bolschewismus in Deutschland großziehen wollen, er hat sogar — es ist ja nichts dumm genug,

was von derart fanatischen Köpfen nicht geglaubt wird, zumal wenn es ihre Presse ihnen vorkaut — seine eigene Schwester mit dem Sowjetmann Radek vermählt. Natürlich lauter Unsinn!

Man hat uns weiter erzählt: Es handelte sich darum, eine Gewalttat gegen ein Mitglied der Regierung zu tun, damit wir auf diese Weise die radikalen Linksparteien aufputschten, daß es zum Bürgerkrieg kommt und wir Gelegenheit haben, ihnen mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten und auf diese Weise uns wieder den Sieg und damit die Macht zu verschaffen.

Und als endlichen Beweggrund nennt uns Ernst Werner Techow selbst: Es ist uns das Geld ausgegangen, deshalb muß der Mord an Rathenau verübt werden. Und als ich ihn fragte, wen er unter diesem „uns“ meint, sagte er: die rechtsstehenden Kreise.

Das sind die Beweggründe, wie sie uns von den Angeklagten selbst bezeichnet werden und von denen Ernst Werner Techow ausdrücklich behauptet, sie seien auch für ihn maßgebend gewesen. Beweggründe, einer verwerflicher, einer törichter, einer scheußlicher wie der andere, und es zeugt von einer geradezu unheimlichen Verwilderung der Sitten und von einer unbegreiflichen Geringschätzung fremden Menschenlebens, von einer staunenswerten politischen Unreife und Verblendetheit, wenn derartige Beweggründe hinreichen, um ein wertvolles Menschenleben zu vernichten.

Wenn wir uns fragen, ob aus der Psyche der Angeklagten heraus, die doch keine geborenen und keine Gewohnheitsverbrecher sind, sich eine derartig schwere Tat erklären läßt, so ist es, ich möchte beinahe sagen, tragisch, daß uns den psychologischen Schlüssel für die Angeklagten niemand anders gibt, als der ermordete Minister Rathenau selbst. Es liegt vor mir eine Veröffentlichung, herrührend von einem holländischen Schriftsteller; es ist ein Artikel, der im „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ seinerzeit erschienen ist. Ich nehme es an, daß man es hier mit der Wahrheit zu tun hat. Dieser Mann teilt mit, daß Rathenau ihm nach

der Ermordung Erzbergers Äußerungen über die Psychologie der Erzbergermörder gemacht hat, Äußerungen, die so charakteristisch, so zutreffend sind, daß ich nicht umhin kann, sie ihnen in Kürze vorzutragen.

Rathenau hat, ich zitiere immer wieder die Mitteilungen jenes dritten Gewährsmannes, sich damals dahin geäußert:

„Der sterbende und gestorbene Mittelstand ist das gefährlichste Gift im Organismus unseres Staates. An und für sich müßte das Sinken des Markkurses noch keine Katastrophe bedeuten. In solchen Perioden wird viel Geld verdient. Aktien steigen im Werte, die Industrie hat viel zu tun, alles wird mehr wert, und wie Sie sehen, gehen die unvermeidlichen Lohnerhöhungen ohne Reibungen vor sich. Der Mittelstand aber, der Beamte, der Offizier, der kleine Rentner, der Gelehrte, Leute, mit einem festen Einkommen und Pensionisten werden die Opfer. Sie können von ihren Einkünften nicht mehr leben und fallen wirklichem Elend anheim. Und sie haben Söhne. Das werden dann Rechtsradikale, die Reaktionären und Nationalisten der Tat. In gutem konservativen Glauben haben die Professoren, die Offiziere, die hohen Beamten ihre Kinder erzogen. Die Studentenkörper waren Brutstätten konservativer Gesinnung. Nun sind sie es auch für die aus Verzweiflung entstehende Erbitterung. Sie sind die Sammelplätze der Deklassierten, denen früher Selbstgefühl und Eigendünkel in reichem Maße anerzogen waren. Oft können die Familien die Kosten des Studiums trotz aller freiwillig ertragenen Entbehrungen nicht mehr decken. Dies wird stets ärger, je mehr die Mark sinkt und das Leben teurer wird. Man kann die Stimmung dieser jungen und anderer nicht mehr so jungen Leute begreifen, die sich und die ihrigen unter dem gegenwärtigen Regierungssystem in solche Verhältnisse gebracht sehen. Sie wissen diese zwei Dinge: daß dieses System allem widerspricht, was sie als gut und edel zu betrachten gelernt haben, und daß es ihnen und ihren Familienangehörigen elend schlecht geht. Versteht es sich psychologisch nicht von selbst,

daß sie einen unmittelbaren Zusammenhang zu sehen glauben und die Meinung zu Taten bestehen bleibt, die der Krieg bereits großgezogen hat?“

Es kommen dann noch weitere Ausführungen, wo die Erbitterung unserer jungen Leute aus der Welt der adligen Beamtenschaft ebenso begreiflich geschildert wird, es ist im wesentlichen dasselbe.

Aus diesen Kreisen, die hier Rathenau selbst schildert, rekrutieren sich auch seine eigenen Mörder, und er mochte damals wohl nicht daran gedacht haben, daß er, als er diese Aeußerung tat, wohl selbst die Psychologie seiner Mörder geschrieben hat.

3.

Ein Brief.

Die Mutter des ermordeten Ministers Rathenau hat am 3. Juli 1922 an Frau Techow nachstehenden Brief geschrieben:

„In namenlosem Schmerze reiche ich Ihnen, Sie ärmste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohne, daß ich im Namen und im Geiste des Ermordeten ihm verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge, wenn er vor der irdischen Gerechtigkeit ein volles offenes Bekenntnis ablegt und vor der göttlichen bereut. Hätte er meinen Sohn gekannt, den edelsten Menschen, den die Erde trug, er hätte eher die Mordwaffe auf sich selbst gerichtet als auf ihn. Mögen diese Worte Ihrer Seele Frieden geben.

Mathilde Rathenau“

Die Angeklagten.

Die Gerichteten.

Präsident Dr. Hagens: Hermann Fischer hat in der Nachrevolutionzeit der Marinebrigade Ehrhardt angehört und war Mitglied verschiedener rechtsgerichteter Verbände.

Kern war während des Kapp-Putsches in der Marinebrigade Ehrhardt.

Ernst Werner Techow

Präsident: Vom 13. bis 18. März (1920) haben Sie den Kapp-Putsch mitgemacht. Sie waren in der Brigade Ehrhardt Offizier, Sturmkompanie, unter der Führung von Manfred von Killinger.

Sie haben angegeben, Sie haben folgenden Vereinigungen angehört: Der Skagerak-Gesellschaft, der Deutsch-Schwedischen Vereinigung, dem Deutschen Offiziersverein und dem Verein ehemaliger Arndt-Gymnasiasten. Sie haben früher angehört dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunde und dem Deutschnationalen Jugendbunde... Welcher Partei haben Sie angehört?

Angekl. Ernst Werner Techow: Keiner!

Hans Gerd Techow

Präsident: Haben Sie auch Vereinigungen angehört?

Angekl. Hans Gerd Techow: Jawohl!

Präsident: Welchen denn?

Angekl. Hans Gerd Techow: Deutschem Verein, Deutschvölkischem Schutz- und Trutzbund, dem Deutschnationalen Jugendbund, dem Vaterländi-

schen Verein Heringsdorf und vorübergehend der O.C.

Präsident: Wie kam das denn, daß Sie so vielen Vereinen angehörten? Wurden Sie von anderer Seite dazu veranlaßt?

Angekl. Hans Gerd Techow: Es war Bundesinteresse des Deutschnationalen Jugendbundes.

*

Angekl. Hans Gerd Techow: Dabei erwähnte Kern, daß er mich vom Kapp-Putsch her kenne. Ich war damals in der Reichskanzlei als Kurier tätig gewesen, und da hat mich wohl Kern an der Sperre gesehen.

*

Sachverst. Dr. Pickenbach: Er (Hans Gerd Techow) hat sich auf den Straßen in Berlin allerhand politische Redner angehört, damals war ja an allen Straßenecken ein Auflauf, er hörte zu, was die Leute redeten. Daß er das nicht verstand, ist ohne weiteres verständlich. Er ging noch weiter, er ließ sich von solchen Leuten verleiten, Botengänge zu machen, Zettel zu verteilen und alles mögliche. Er suchte selbst, um sich in das rechte Licht zu setzen, Reden zu halten. Da er bei Erwachsenen keinen Anklang fand, sammelte er Kreise von Schülern um sich, Mitschüler oder wer, weiß ich nicht, Altersgenossen, denen redete er alles mögliche Zeug vor, sinnloses Zeug. Jedenfalls haben die ihn angestaunt, und dadurch wuchs seine Selbstüberhebung und gleichzeitig eine große Eigensinnigkeit und ein Trotz.

*

Oberreichsanwalt: Ich komme dann zu Hans Gerd Techow, den interessanten und frühreifen Jüngling, der schon mit 15 Jahren Vorsitzender des Deutschnationalen Jugendbundes Groß-Berlin gewesen ist. Mehr kann man doch wohl kaum von einem jungen Menschen verlangen, der außerdem auch beim Kapp-Putsch beteiligt war und bei dem es ganz selbstverständlich gewesen ist, daß er auch dieser Sache sofort sein lebhaftes Interesse entgegengebracht hat. Ein Jüngling, der so trefflich politisch präpariert ist, wie es bei ihm der Fall war, ist natürlich für solche Dinge zu haben und fällt darauf rein, wie die Fliege auf den Honig.

Willy Günther

Präsident: Sie sind schon mal vorbestraft?

Angekl. Günther: Jawohl!

Präsident: Was haben Sie begangen?

Angekl. Günther: Wegen Fahnenflucht.

Angekl. Günther: ... Nach meiner Rückkehr aus dem Felde hielt ich es für meine Pflicht, infolge meiner im Felde begangenen Verfehlung mich möglichst national zu betätigen. Nachher bekam ich aber durch persönliche Fühlungnahme erstens einmal mit dem Deutschnationalen Jugendbund Fühlung zu hochgestellten Herren.

Präsident: Am Kapp-Putsch sind Sie auch beteiligt gewesen?

Angekl. Günther: Ja, ich habe durch meine Fühlung mit dem Deutschnationalen Jugendbund, durch die erste größere Veranstaltung, die ich mit meiner Ortsgruppe, der ich angehörte, veranstaltete, Fühlung bekommen mit Oberst Bauer und Exzellenz Ludendorff und habe mit denen dann auch etwas in Fühlung gestanden, bin dadurch auch etwas in den Kapp-Putsch hereingekommen.

Präsident: Da sollen Sie als Kurier Dienst getan haben?

Angekl. Günther: Jawohl!

Präsident: Haben Sie auch der Organisation C. angehört?

Angekl. Günther: Nein, der habe ich nicht angehört, nur dem Deutschnationalen Jugendbund, dem Deutschen Offiziersbund, dem Deutschen Treubund, dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund.

Präsident: Haben Sie auch der Deutschnationalen Volkspartei angehört?

Angekl. Günther: Ja, der Deutschnationalen Volkspartei habe ich ebenfalls angehört, und zwar vom März 1919 an . . .

Vert. Justizrat Dr. Hahn: Eine andere Frage von meiner Seite ist die, ob Herr Günther nicht aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen ist?

Präsident: Das hat er schon gesagt, er wäre ausgeschlossen.

Oberreichsanwalt: Ich komme zu Günther, einer der wenigst erfreulichen Typen der Angeklagten, ein psychopatischer Reconnomist, ein Großmaul erster Güte, ein eigener Bursche, der sich überall, sei es auch eine herostratische Berühmtheit, zu verschaffen sucht, der sich heranschlängelt an irgendwelche berühmte und bekannte Persönlichkeiten, um dann zu tun, als ob er mit diesen Leuten schon einige Scheffel Salz verzehrt hätte, ein Bursche, der am Kriege in der übelsten Weise teilgenommen hat und sich im Kriege aller möglichen Verfehlungen schuldig gemacht hat, der Fahnenflucht, der Urkundenfälschung, der in der Türkei herumbummelte und sich als türkischer Leutnant hier ausgab, um Freikarten auf der Eisenbahn zu bekommen, der hierher und dorthin reiste, kurz und gut, eine durchaus unerfreuliche Erscheinung. Trotzdem aber politisch keineswegs untätig, wenn man ihm natürlich auch irgendwelche ernste Bedeutung sicher nicht zumessen kann.

Ernst von Salomon

Angekl. Ernst v. Salomon: Nachdem ich vom Baltikum zurückgekommen bin, blieb ich bei meinem Chef, Hauptmann Berthold, und machte mit ihm am 15. März (Kapp-Putsch!), nachdem das Unternehmen in Berlin bereits stattgefunden hatte, den Vormarsch nach Harburg mit, wo ich verwundet und gefangen genommen wurde.

Präsident: Sie sind auch Mitglied verschiedener nationaler Vereine?

Angekl. v. Salomon: Ich bin augenblicklich nur Mitglied eines nationalen Vereins.

Präsident: Wie heißt der?

Angekl. v. Salomon: Verband nationalgesinnter Soldaten.

Präsident: Früher haben Sie auch dem Jungdeutschen Orden angehört?

Angekl. v. Salomon: Ja!

Angekl. v. Salomon: Der Jungdeutsche Orden ist ein Verein, der lediglich Phrasen führt. Seinerzeit, kurz vor der ober-schlesischen Geschichte, ging z. B. ein Schreiben rund, daß alle

diejenigen sich melden sollten, die für die Regierung gegen die Polen in Oberschlesien kämpfen wollten. Es meldeten sich in Frankfurt mündlich nur ungefähr 800 Mann. Als es tatsächlich so weit war, waren wir drei, die heraus wollten.

Präsident: Was hat er denn sonst für einen Zweck gehabt?

Angekl. v. Salomon: Das war furchtbar unklar . . . Ich hatte jedenfalls den schlechtesten Eindruck von diesem Verein. Man sang bei besoffenen Köppen „Heil Dir im Siegerkranz“ usw. Ich bin infolgedessen ausgetreten.

Vert. Dr. Lütgebrune: Ich möchte bitten, zu fragen, ob nicht bekanntgegeben ist, daß gerade der Jungdeutsche Orden die Versöhnung der Klassen sich zum Prinzip gemacht hatte.

Präsident: Wollen Sie darauf antworten?

Angekl. v. Salomon: Ja! — Auch das! (Heiterkeit.)

Tillessen

Präsident: Nach dem Kriege haben Sie der Brigade Ehrhardt angehört?

Angekl. Tillessen: Ja . . .

Angekl. Tillessen: Ja, ich war vom ersten bis zum letzten Tag in der Brigade.

Präsident: In der Brigade Ehrhardt? In Berlin während des Kapp-Putsches (Ja!) . . . Sie sollen sich aber sehr stark da politisch betätigt haben.

Angekl. Tillessen: Jawohl.

Angekl. Tillessen: Irgendeiner Partei habe ich nicht angehört, grundsätzlich das abgelehnt. Lediglich in nationaler Richtung!

Präsident: „Nationale Richtung“. Darf man darunter verstehen, daß da auch die deutschvölkische Richtung besonders eingeschlossen ist?

Angekl. Tillessen: Jawohl, ich habe da auch in dieser Beziehung der völkischen Richtung nahegestanden, insofern als ich die national-sozialistische Arbeiterbewegung in der Gegend unterstützt habe, in der ich tätig gewesen bin.

Präsident: Haben Sie auch dem Verband nationalgesinnter Soldaten angehört?

Angekl. Tillessen: Jawohl, ich habe da meist geredet, wenn Versammlungen vom Verband nationalgesinnter Soldaten waren.

Präsident: Also Sie gehörten dem Neudeutschen Bund an und dem Verband nationalgesinnter Soldaten? (Ja!)

Präsident: ... Sie sollen auch vom Neudeutschen Bund Gehalt bezogen haben.

Angekl. Tillessen: Jawohl, Aufwandsentschädigung.

Präsident: Besonders waren Sie in näherer Berührung mit Kern, wie Sie schon sagten, während des Kapp-Putsches. (Jawohl!)

*

Angekl. Tillessen: Ich habe in mehreren Städten Hessens die nationalsozialistische Arbeiterpartei ins Leben gerufen und an mehreren Stellen den V.N.S. gegründet und auch für völkische Turnvereine geworben.

*

Angekl. Tillessen: Ich stehe auf dem Rassenstandpunkt, nicht von mir aus, sondern weil ich so erzogen bin.

Hartmut Plaas

Präsident: Sie sind jetzt Schriftleiter?

Angekl. Plaas: Jawohl, in der Völkischen Rundschau.

Präsident: Dann sind Sie vom Herbst 1919 bis 1920 bei der Brigade Ehrhardt gewesen. (Ja.) Sie haben den Kapp-Putsch mitgemacht und auch an den Kämpfen in Oberschlesien sich beteiligt. (Ja.)

*

Präsident: Sie waren als Schriftführer des Vereins nationalgesinnter Soldaten und des Neudeutschen Bundes tätig... Sie waren Mitglied des Neudeutschen Bundes und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei? (Ja.)

*

Oberreichsanwalt: Gegen Tillessen und Plaas ist die Anklage erhoben lediglich aus § 139. Ich möchte fast sagen, es war leider nicht möglich, sie eines weiterern zu bezichtigen, obwohl es mir im hohen Grade wahrscheinlich erscheint, daß insbesondere Tillessen, der einer der Hauptorganisatoren gewesen ist, der auf politischem Gebiete überaus tätig war; er ist auch bei der Scheidemannsache beteiligt; ob man ihm eine Schuld nachweisen kann, will ich heute noch nicht beurteilen, jedenfalls steht so viel fest, er stand mitten drin, er wurde in Berlin erwartet, man hoffte, er bringe Geld. Das ist alles nicht nachgewiesen worden, aber es wurde erwähnt, und es muß also irgend etwas daran sein. Man kann deshalb, weil es nicht nachgewiesen ist, keine Anklage darauf bauen. Aber, wie gesagt, im hohen Maße verdächtig ist Tillessen, daß er die Hand noch weit mehr im Spiel gehabt hat, als wir ihm nachweisen können.

Warum Rathenau ermordet wurde?

Aus der Gedankenwelt der Täter.

Angekl. Ernst Werner Techow: Beim Essen in der Technischen Hochschule hatte mir Kern seine Pläne entwickelt und mir erzählt, wie er politisch denke.

Präsident: Bitte erzählen Sie die näheren Aeußerungen, wie er politisch dachte.

Angekl. Ernst Werner Techow: Er war vollkommen national gesinnt und überzeugt, daß Deutschland nur durch eine strenge Regierung, und zwar durch eine national denkende Regierung wieder in die Höhe kommen könnte.

Präsident: Also durch eine rechtsgerichtete Regierung?

Angekl. Ernst Werner Techow: Nein, durch eine national denkende Regierung.

Präsident: Das ist also vor allen Dingen unter Ausschluß von Juden?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl. Er meinte, daß nur durch eine solche Regierung wieder vernünftige Zustände in Deutschland herbeigeführt werden könnten. Er sagte dabei, daß seiner Meinung nach das nur möglich wäre, diesen Zustand zu erreichen, indem man in irgendeiner Form einen inneren Krieg und durch diesen eine Klärung zwischen den Linksparteien und rechts auf gewaltsamen Wegen herbeiführte, und zwar sollte dies gewissermaßen eine Machtprobe gegen die rote Armee sein. Er sagte, daß das natürlich seiner Meinung nach nicht auf gesetzlichem Wege erreicht werden könnte, sondern es bedürfe dazu eines gewaltsamen Anstoßes, und zwar müßte das die gewaltsame Beseitigung eines politisch links-

stehenden Führers sein. Er hat nicht gesagt, wer dieser Führer sein müßte, sondern er hat allgemein gesagt, es müßte ein politisch linksstehender Führer sein.

• *

Angekl. Ernst Werner Techow: Nach dem Weggange meines jüngeren Bruders und Günthers wurde erst die Fahrt erörtert, und darauf sagte Kern, ich wäre nun soweit eingeweiht. Er hätte vor, den Minister Rathenau zu ermorden. Ich müßte mich verpflichten, ihm zu helfen, ob ich wollte oder nicht. Er wäre sonst bereit, die Sache allein auszuführen. Es wäre ihm ganz gleichgültig, was daraus entstünde. Gleichzeitig führte er verschiedene Gründe an, die seiner Meinung nach dafür maßgebend waren, obwohl ich nicht dieser Meinung war. So sagte er, Rathenau habe sich den Ministersessel durch ein 24stündiges Ultimatum an den Reichspräsidenten erzwungen. Weiter: er habe sehr nahe und intime Verbindungen mit dem bolschewistischen Rußland, so daß er sogar seine Schwester an den Kommunisten Radek verheiratet hätte. Weiter sagte er, daß Rathenau ein Anhänger des sogenannten schleichenden Bolschewismus wäre. Unter schleichendem Bolschewismus versteht man, daß die Linksparteien, besonders die ganz linksorientierten Bolschewisten und Kommunisten nicht mehr durch Aufstände und gewaltsame Erhebungen eine Aenderung der Zustände herbeiführen wollen, sondern dadurch, daß sie den Zustand auf Jahre hinaus verschleppen und dadurch dieselben Zustände wie in Rußland herbeiführen wollten.

Weiter sagte er, daß die Rathenausche Erfüllungspolitik ein Verrat am deutschen Volke wäre und unbedingt zum Zusammenbruch des deutschen Volkes führen müsse.

Schließlich sagte er, daß sich Rathenau selbst als einer der 300 Weisen von Zion bekannt und gerüstet habe, deren Zweck und Ziel es sei, die gesamte Welt unter jüdischen Einfluß zu bringen, wie es bereits das Beispiel des bolschewistischen Rußlands zeige, wo zuerst sämtliche Fabriken usw. Allgemeingut würden und dann auf Vorschlag und Befehl des Juden (!) Lenin jüdisches Kapital von außen aufgenommen wurde, um die Fabriken wieder betriebsfähig zu

machen, und daß sich auf diese Art und Weise der gesamte russische Nationalbesitz in jüdischen Händen befindet.

. . . Der einzige Grund, der mir vielleicht einleuchtend schien, war der mit der Erfüllungspolitik und der mit dem Rapallovertrag, denn das ist ja eine erwiesene Tatsache, daß die Entente dauernd hinter diesem Vertrag einen militärischen Geheimvertrag Rußlands mit Deutschland vermutet und deshalb Deutschland dauernd Schwierigkeiten macht.

Präsident: Ist Ihnen nicht bekannt, daß der Rapallovertrag vor allen Dingen ein Abkommen dahingehend enthält, daß beide Länder auf gegenseitige Reparationen verzichten und daß das also ein Abkommen zwischen Rußland und der Entente vermittelte, wonach Rußland von seiner ihm nach dem Friedensvertrag vorbehaltenen Befugnis Gebrauch machen sollte, auch seinerseits von Deutschland Reparationen zu verlangen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Das ist mir bekannt.

Präsident: Das war doch für Deutschland ein außerordentlich günstiges Vertragsverhältnis.

Angekl. Ernst Werner Techow: Das war es auch, aber der wunde Punkt in dieser Sache war, daß die Entente dauernd hinter diesem Abkommen einen militärischen Geheimvertrag vermutete und dementsprechend ihre Politik danach richtete.

Präsident: . . . Haben Sie eigentlich einmal etwas vom Minister Rathenau gelesen, haben Sie seine Schriften gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Teilweise, jawohl.

Präsident: Was haben Sie denn gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Er ist auch in meiner Familie bekannt.

Präsident: Haben Sie z. B. „Zur Politik der Zeit“ gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Nein.

Präsident: Was haben Sie denn gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: In der „Zukunft“ einen Artikel.

Präsident: Worüber handelt denn dieser Artikel?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ein ziemlich alter Artikel.

Präsident: Der handelt wohl von den anstößigen Eigenschaften der Juden?

Angekl. Ernst Werner Techow: Nein, damals war gerade die Unterschreibung des Versailler Friedensvertrages fällig und da stand drin: Die Regierung müßte alles einsetzen, um die Friedensbedingungen zu mildern; wenn da aber nichts einträte, müßte die gesamte Reichsregierung ihre Portefeuilles der Entente zur Verfügung stellen.

Präsident: Um zu zeigen, daß der Friedensvertrag nicht ausführbar ist, das war doch der Sinn der Ausführungen.

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl.

Präsident: Hat Sie das gegen Rathenau eingenommen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Nein, das nicht.

Präsident: Haben Sie sonst gar nichts außer diesem Artikel in der „Zukunft“ gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Doch, ich habe auch noch anderes gelesen. Wie er den Kaiser angriff, und verschiedene andere Sachen habe ich gelesen.

Präsident: Hatten Sie nicht den Eindruck, daß es ein ideal gesinnter Mann war?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ganz entschieden.

Präsident: Waren Sie der Meinung, der Rapallovertrag sei schädlich, weil von der Entente angenommen werde, daß doch damit ein militärischer Geheimvertrag zwischen Deutschland und dem bolschewistischen Rußland verbunden sei. Das haben Sie als Fehler betrachtet?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl.

Präsident (fortfahrend): Weil man glaubte, daß Deutschland dadurch bessere Bedingungen bekommen könnte?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl, denn es kommen immer aus aller Welt Nachrichten, daß ein Geheimvertrag dahinter steckt. Die letzte Nachricht darüber habe ich im August gelesen.

Präsident: Das wird in der letzten Zeit von vielen Zeitungen immer behauptet.

Angekl. Ernst Werner Techow: Auch in deutschen Zeitungen.

Präsident: Wird die Vermutung ausgesprochen, daß ein Geheimvertrag mit Rußland dahintersteckt?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl, das schadet dem deutschen Ansehen im Auslande ganz gewaltig.

Präsident: Das hielten Sie für zutreffend und das hat Sie in erster Linie mit bestimmt?

Angekl. Ernst Werner Techow: Bestimmt nicht, aber in dieser Richtung hatte ich . . .

Präsident: Weiter: Rathenau habe nahe Verbindungen mit dem Bolschewisten Radek gehabt, denn er hat sogar seine Schwester mit diesem verheiratet.

Angekl. Ernst Werner Techow: Das soll aber Tatsache sein; ich weiß es nicht.

Präsident: Meines Wissens hat Rathenau nur eine einzige Schwester, die an einen Dr. Andreae in Berlin verheiratet ist.

Angekl. Ernst Werner Techow: Ich weiß es nicht.

Präsident: Wie sollte dieser Großindustrielle, der Generaldirektor und Präsident des Aufsichtsrates der AEG, zu einer solchen Verbindung mit dem russischen Flüchtling und Kommunisten Radek kommen? Wenn Sie die Familie kennen, schien Ihnen das wahrscheinlich zu sein?

Angekl. Ernst Werner Techow: Nein, es war eine bloße Vermutung, die Kern als Tatsache nannte. Daraufhin mußte ich das vermuten.

Präsident: Weiter: Rathenau habe sich selbst als einen der „300 Weisen von Zion“ bekannt. Die „300 Weisen von Zion“, die beruhen auf einer Broschüre. Haben Sie die gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl.

Präsident: Wissen Sie, daß das auch von deutschnationaler Seite als ein ganz erbärmliches Machwerk, voll von Lügen und Torheiten, gekennzeichnet worden ist?

Angekl. Ernst Werner Techow: Bezeichnend war aber, daß die gesamte jüdische Presse, als das Buch herauskam, sagte, das Buch käme leider zu spät.

Präsident: Haben Sie die gesamte jüdische Presse damals gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ich habe die jüdische Presse damals gelesen.

Präsident: In welchem Sinne kam es zu spät?

Angekl. Ernst Werner Techow: Die Sache sei so weit fortgeschritten, daß man keinen Einfluß mehr auf die Sache hätte. In diesem Sinne äußerte sich damals auch die „Frankfurter Zeitung“.

Präsident: Die Broschüre ist doch nicht von jüdischer Seite.

Angekl. Ernst Werner Techow: Nein, aber es wurde geltend gemacht, daß die Broschüre gewissermaßen überflüssig wäre, denn sie käme doch zu spät.

Präsident: Und Sie sind wirklich der Meinung, daß die ernste „Frankfurter Zeitung“, trotzdem sie nach Ihrer Meinung jüdischen Bestrebungen nahesteht, so unvorsichtig wäre, dem deutschen Volke zu sagen, daß diese Broschüre zu spät käme und die jüdischen Bestrebungen so kommen würden, daß man nichts dagegen machen könne?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ja. Eigenartig ist, daß Rathenau das selbst zugegeben und in verschiedenen Artikeln geschrieben hat.

Präsident: In welchem Artikel? Haben Sie den selbst gelesen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl, der ist schon ungefähr zwei Jahre alt. Ich könnte darüber das Material beschaffen.

Präsident: Mir ist von einem solchen Artikel nichts bekannt. Dann, daß der Minister Rathenau sich den Ministersessel durch ein 24stündiges Ultimatum vom Reichspräsidenten erzwungen habe, das ist auch ein Gerede, das ganz unbeweisbar ist. Auf Grund welcher Verhandlungen Rathenau das getan haben soll, ist mir nicht erklärlich, da doch Rathenau immer selbst gesagt hat, daß er höchst ungern diesen Posten übernommen hätte, nicht aus persönlichen Gründen, sondern nur aus Patriotismus.

Angekl. Ernst Werner Techow: Ich mußte es ja glauben.

Das Gespenst des Bolschewismus.

Angekl. Tillessen: Darauf haben wir uns — habe ich mich mit Kern über die Geschichte unterhalten. Kern war zuerst absolut sachlich . . . Aber nach einer Weile wurde er derartig unsachlich, fing an mit den Geschichten, die hier auch schon von

Techow vorgebracht sind, daß der Minister Rathenau seine Schwester mit Radek verheiratet hätte, und Radek hätte den Bolschewismus in Rußland gemacht, und trotzdem würde er nun seine Schwester dem verheiraten, das wäre ein Zeichen dafür, daß Rathenau bei uns auch den Bolschewismus einführen wolle...

Kern hat auch gesagt, das einzige, was für uns (beim Rapallovertrag) positiv zutage käme, wäre das, daß alles überschwemmt würde von Sowjetkommissaren. Er nannte auch einen Leutnant — der Name spielt keine Rolle —, der auch früher in der Brigade war, der ihm aus dem Ruhrgebiet geschrieben hätte, daß die Zahl der Sowjetkommissare seit dem Rapallovertrag kolossal gewachsen wäre im Ruhrgebiet und sowas.

Die Geldfrage.

Angekl. Schütt: Darauf sagte er (Techow): „Mir ist selber die Sache sehr überraschend gekommen. Und außerdem denken Sie nicht, daß das zum Vergnügen gemacht ist. Das mußte gemacht werden, weil“ — genau die Worte weiß ich nicht mehr —, er kann gesagt haben: den rechtsstehenden Parteien gehe das Geld aus.

Präsident: Den rechtsstehenden Parteien ginge das Geld aus? Weiter hat er nichts gesagt?

Angekl. Schütt: Nein!

Präsident: Angeklagter Techow, ist das richtig?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, was ich mit Schütt gesprochen habe. Der Sinn wird ungefähr der gewesen sein, daß ich Kerns Gedanken wiedergegeben habe.

*

Oberreichsanwalt: Was hat zu bedeuten, das „daß uns“ das Geld ausgeht? Meinen Sie die Organisation C oder was meinen Sie mit dem „uns“?

Angekl. Ernst Werner Techow: Im allgemeinen die rechtsstehenden Kreise.

Oberreichsanwalt: Also im allgemeinen die rechtsstehenden Kreise.

Niedrigs Standpunkt.

Angekl. Niedrig: Ich stehe zur Tat etwas anders.

Präsident: Sie stehen zur Tat anders? Wie stehen Sie zu der Tat?

Angekl. Niedrig: Ich habe den Mord aus Gründen, die Kern anführte, gebilligt.

Politisches Verbrechen oder gemeiner Mord?

Oberreichsanwalt: Ich möchte gleich hier bei dem ersten Angeklagten die Frage der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte streifen. Ich stehe im allgemeinen stets auf dem Standpunkt, daß, soweit es sich um rein politische Verbrechen handelt, eine Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht stattzufinden hat, da eine ehrlose Gesinnung den Leuten kaum wird nachgewiesen werden können. Ich nahm diesen Standpunkt ein bei den Putschen von links, ich ließ ihn durch meine Herren einnehmen bei den Prozessen aus Anlaß des Kapp-Putsches, und ich würde ihn auch heute einnehmen, wenn wir es mit einem rein politischen Delikt zu tun hätten. Ich kann aber nicht anerkennen, daß dies der Fall ist. Es ist ein gemeiner Mord, der begangen wurde, wenn auch gewisse politische Motive dabei eine Rolle gespielt haben mögen. Ein politisches Verbrechen in dem Sinne, daß man sagen könnte, der Täter habe hier immer noch aus ehrenwerten Motiven gehandelt, liegt nicht vor. Ich komme daher dazu, in all den Fällen, in denen ich gezwungen und in der Lage bin, Zuchthausstrafen zu beantragen, auch entsprechend den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu beantragen.

Die Organisation C.

Ernst Werner Techow, Befehlsempfänger der O.C.

Präsident: Sind Sie auch der Organisation C. beigetreten?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl, die Organisation C. hat sich allmählich herausgebildet, und zwar sind es hauptsächlich ehemalige Angehörige der Brigade Ehrhardt gewesen, die sich freiwillig zusammengeschlossen haben, um späterhin als Selbstschutz bei auftretenden Kämpfen wiederum ihr Leben für die Regierung einsetzen zu können und das deutsche Vaterland zu retten.

Präsident: Haben Sie sich auch zum Gehorsam gegen die Vorgesetzten verpflichten müssen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl.

Präsident: Dann zur Verschwiegenheit?

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl, es wurde uns aufgelegt, wir sollten schweigen über die Sachen, die irgendwie etwas anderer Natur sind, daß sie nicht jeder hören soll.

Präsident: Sie sollen im Auftrage der Organisation verschiedentlich auch Reisen unternommen haben.

Angekl. Ernst Werner Techow: Jawohl!

Präsident: Aber Sie wollen sich über diese Reisen und über die Aufträge, die Ihnen erteilt sind, bisher nicht näher äußern.

Angekl. Ernst Werner Techow: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Präsident: Wie kamen Sie zu der Organisation C.?

Angekl. Ernst Werner Techow: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Präsident: Wollen Sie sonst nichts über die Organisation C. mitteilen, ihre Ziele und Zwecke usw.? (Nein!) Mit welchen

Mitgliedern Sie in Verbindung getreten sind, die auch zu der Organisation C. gehörten?

Angekl. Ernst Werner Techow: Darüber verweigere ich die Auskunft.

*

Oberreichsanwalt: Techow war Mitglied der Organisation C. Er war irgendeine Zeitlang Befehlsempfänger bei der Organisation C., er stand also mitten in dem Kreis drin, und es ist denkbar, daß bei der engen Verbindung, die zwischen all den Leuten besteht, Kern und Fischer auch von ihm Kenntnis bekommen hatten

Der Ausschluß Hans Gerd Techows.

Präsident: Sind Sie später aus der Organisation C. entlassen worden?

Angekl. Hans Gerd Techow: Ja, ich bin ausgeschlossen worden.

Präsident: Ausgeschlossen? Weil Sie die Verschwiegenheit nicht bewahrt haben sollten?

Angekl. Hans Gerd Techow: Jawohl!

„Großer Betrieb“.

Angekl. Tillessen: Ich hatte mich mit Hoffmann (dem Leiter des „Neudeutschen Bundes“, des Nachfolgers der O. C. in München) zum 19. abends — er hatte vormittags viel zu tun, es waren viel Leute da — verabredet.

Spitzel.

Oberreichsanwalt: Haben Sie sonst noch Spitzel gehabt?

Angekl. Tillessen: Nur im besetzten Gebiet.

Oberreichsanwalt: Ich bitte, ihm den kleinen Zettel vorzulegen, ob er von seiner Handschrift ist und ihn zu fragen, was für eine Bewandtnis es mit dem Zettel hat.

Präsident: Ist das Ihre Handschrift?

Angekl. Tillessen: Jawohl, das ist meine Handschrift.

Präsident: Was hat es für eine Bewandnis mit diesem Zettel?

Angekl. Tillessen: Das fällt in meine Tätigkeit in Chemnitz, das hat hiermit gar nichts zu tun.

Oberreichsanwalt: Ich möchte aber gerne wissen, was das zu bedeuten hat.

Angekl. Tillessen: Ueber meine Tätigkeit in Chemnitz kann ich nichts in der Oeffentlichkeit sagen.

Präsident (lesend): Das soll wohl heißen: „anscheinend gut als Spitzel“. (Jawohl!) Und weiter: „von zuverlässiger Seite empfohlen“. (Jawohl!) Und nun steht auf der anderen Seite die Adresse. (Jawohl!)

Filiale Hamburg.

Präsident: Anfang Juni haben Sie dann Kern in Hamburg kennengelernt?

Angekl. Warnecke: Ich habe ihn nicht Anfang Juni in Hamburg kennengelernt. Ich kenne Kern von der Marinebrigade her, er war mit mir in einer Kompagnie, und ich habe ihn im März in Hamburg bei einer Versammlung des Wicking das letzte Mal gesehen.

Präsident: Sie haben aber ein Telegramm erhalten: „Durchfahre 5. Dammtor, Körner.“ War das nicht Kern?

Angekl. Warnecke: Nein, das war Iglmayr.

Präsident: Und dieser Iglmayr brachte ihnen einen Brief von Brandt (von dem noch flüchtigen Angeklagten Brandt, der der Beihilfe verdächtig ist). Kannten Sie den auch schon?

Angekl. Warnecke: Jawohl, der war mit mir in einer Kompagnie zusammen.

Präsident: War das Ihr Bekannter Brandt, der diesen Brief geschrieben hatte?

Angekl. Warnecke: Ich nehme es an.

Präsident: Dieser Brief hatte den Inhalt, daß Sie sich dem Ueberbringer anvertrauen könnten?

Angekl. Warnecke: Jawohl, Herr Präsident.

Präsident: Dann hat Iglmayr Ihnen erzählt, es seien Unruhen zu erwarten, und hat Sie gefragt, ob Sie Ihre Gruppe hierfür zur Verfügung stellen würden. Er hat Sie auch gefragt, wie stark sie wäre und ob sie Waffen hätte.

Angekl. Warnecke: Jawohl.

Präsident: Sie beantworteten diese Frage dahin: Wir sind 24, aber Waffen haben wir nicht.

Angekl. Warnecke: Jawohl.

Präsident: Hat er Ihnen darauf gesagt, Sie würden nähere Nachrichten durch Kuriere bekommen, Sie würden auch Waffen bekommen?

Angekl. Warnecke: Jawohl.

Glieder einer Kette.

Verteidiger Dr. Luetgebrune: Haben Kern und Fischer Ihnen vor der Abreise gesagt, Sie sollten keine Fragen an Brett richten, sie bekämen doch keine Antwort?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ja, wir haben uns nur allgemein unterhalten.

Verteidiger Dr. Luetgebrune: Auch nicht über den Zweck der Autobeschaffung?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ich habe es so verstanden, daß jeder nur in den Plan eingeweiht sei — —, daß jeder dem Befehl zu gehorchen hätte und nur insoweit eingeweiht sei, als erforderlich sei.

Alle Mann in Berlin zur Stelle.

Angekl. Tillessen: Bei dieser Gelegenheit klingelte es nach einer Weile an. Plaas ging ans Telephon. Darauf meldete sich ein Herr Schneider und fragte, ob Briefe für Brandt da wären. Darauf sagte Plaas: Wer ist denn da am Telephon? — Darauf wurde zurückgefragt: Wer ist denn da? Und darauf sagte er, hier ist Plaas. Und darauf sagte der auf der anderen Seite: Hier von Salomon, er wäre da, und er fragte, ob Post

für Brandt da wäre, und wir fragten nun, wo Brandt wäre. Darauf sagte von Salomon, Brandt käme nicht zum Mittagessen, sondern käme um 3 Uhr zu irgendeinem Platz, ich weiß nicht genau, ob es der Potsdamer Platz war; da könnten wir ihn treffen. Salomon sagte noch am Telephon: Kern wäre in Berlin, ob wir das wüßten. Ich sagte nein, aber das wäre mir sehr interessant . . .

Die Auffassung des Oberreichsanwaltes.

Ist es wohl auch so erklärlich, daß die Angeklagten zu der Tat kamen, so müssen wir uns doch fragen: Ist anzunehmen, daß der Plan zur Tat in den Köpfen der Angeklagten ohne weiteres Zutun und ohne weitere Einflüsse von außen, ohne Anstiftung, ohne Anreizung wenigstens entstanden ist, oder ist erwiesen, daß hinter den Angeklagten weitere Kreise bestimmter Verbände stehen, die gewissermaßen den Mord politischer Persönlichkeiten auf ihre Fahne geschrieben haben, innerhalb deren derartige Pläne ausgeheckt werden und dann von einzelnen Mitgliedern, seien es ausgelosten oder gewählten, vollzogen werden. Es ist bekanntlich kurz nach dem Rathenaumord die Behauptung als bombensicher aufgestellt worden, daß hinter den Tätern derartige Organisationen und Verbände ständen. Ich bin so, wie die Verhältnisse bis heute liegen, nicht in der Lage, diese Behauptung als voll erwiesen zu bezeichnen. Die Fäden, die von dem Rathenaumord und von den Tätern nach den verschiedensten Seiten zurückführen, sind zu verworren, als daß sie heute schon entwirrt sein könnten. Man ist mit allen Mitteln bemüht, sie zu entwirren, und es wird vielleicht gelingen, aber es ist meines Erachtens und kann meines Erachtens nicht die Aufgabe der Anklagebehörden sein, die auch als Anklagebehörde sich strengster Objektivität zu befleißigen hat, schon heute zu behaupten, daß ein voller Beweis erbracht wäre für die damals aufgestellte Behauptung. Es kann sein, daß sie ja noch erwiesen wird, bis heute ist sie noch nicht erwiesen, und ich habe auch noch

nicht einmal die subjektive Ueberzeugung, daß es so ist, wie die Gerüchte wissen wollen, und deshalb bin ich, wie gesagt, nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Behauptung heute festzustellen. Das kann mich aber nicht hindern, und ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß immerhin im Laufe der Untersuchung und in der Verhandlung eine Reihe von Umständen hervorgetreten sind, die, ich will nicht sagen, die Annahme, aber doch die Möglichkeit nahelegen, daß in der Tat hinter den eigentlichen Tätern gewisse Organisationen und Verbände gestanden haben, die ihnen den Gedanken zur Tat nahegelegt, die sie vielleicht sogar, ich gehe einen Schritt weiter, zur Tat angestiftet oder angereizt haben. Als solche Umstände möchte ich zunächst hervorheben, daß bei all den politischen Gewalttaten der letzten Zeit, bei dem Mord an Erzberger, bei dem Attentat auf Scheidemann und jetzt wieder bei dem Mord an Rathenau, es eigentlich immer dieselben Kreise, ich möchte fast sagen, dieselben Personen sind, die in Frage kommen. Bei Erzberger: Tillessen und Schulz, bei Scheidemann: der Bruder von Tillessen, bei Rathenau: spielt der Bruder Tillessens wieder eine Rolle. Tillessen, Plaas, Schulz, Kern, Fischer, Techow, die ganze Gesellschaft gehört zusammen. Sie haben alle eine Menge von persönlichen Beziehungen, sei es von früher her, sei es infolge ihrer Zugehörigkeit zu all den verschiedenen Verbänden. Man hat so unwillkürlich das Gefühl, es handelt sich hier um Glieder einer Kette, um eine gewisse Gruppe, innerhalb deren sich die einzelnen befinden.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß es mir ganz ausgeschlossen erscheint, daß Kern und Fischer, die beide, die wir feststellen konnten, etwa Mitte Juni oder um diese Zeit herum nach Berlin kamen, dorthin gekommen sein sollen, nachdem ein jeder für sich — der eine wohnte in Flöha, der andere wohnte in Kiel — den Entschluß gefaßt haben sollten, Rathenau zu ermorden. Das wäre ja ein einfacher Un-

sinn. Man muß also annehmen, daß hier eine Verständigung bereits vorausgegangen ist, denn darüber, daß die beiden, als sie in Berlin zusammentrafen, sich bereits klar gewesen sind, um was es sich handelt, kann, glaube ich, nach allem dem, was wir gehört haben, kaum ein Zweifel sein. War das aber der Fall, dann ist es wohl auch nötig, anzunehmen, daß schon vorher eine Verständigung mit ihnen stattgefunden hatte. Und auch das kommt wieder der Vermutung nahe, daß man es mit einem organisierten und nicht bloß in den Köpfen dieser beiden entstandenen Morde zu tun hatte, wenn wir das auch, ich wiederhole es, bis heute noch nicht nachweisen können.

Es kommt weiter dazu, daß man in den hauptsächlich nationalsozialistischen Kreisen mit dem Gedanken der Beseitigung hervorragender Regierungsmitglieder und Politiker wiederholt gespielt hat und daß insbesondere der Name Rathenau in diesen Kreisen einen sehr wenig guten Klang hatte.

Ich möchte ferner nicht verfehlen, auf das hinzuweisen, was uns Ernst Werner Techow selbst über die Organisation C gesagt hat, indem er äußerte, wenn es sich um größere Dinge handele, dann wären die einzelnen Mitglieder zur Ausführung verpflichtet, sie seien allerdings nicht gehalten, dieser Pflicht zu folgen.

Ich möchte ferner auf das hinweisen, was uns Günther, was uns Niedrig, was uns Brüdigam gesagt hat über die verschiedenen Ziele und Zwecke der Organisation C. Ich brauche hier Einzelheiten nicht zu wiederholen und gebe gleich zu, daß sowohl Günther wie Niedrig, wie Brüdigam keine so klassischen Zeugen sind, um so viel auf ihre Aussagen geben zu können. Immerhin läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß Günther z. B. dem jungen Stubenrauch gesagt hat, bei der Organisation C. würden derartige Dinge gemacht, aber man verlange eine zweijährige vorherige Probezeit, man beschäftige die Leute zunächst mit kleinen Dingen, bevor man sie an so etwas Großes herangehen lasse. Und was Brüdigam und Niedrig uns über die geplanten Arbeiten gesagt hat, haben Sie alle noch in frischester Erinnerung.

Ich möchte endlich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß unmittelbar vor der Tat, als man am Sonnabend früh mit dem Auto wegfuhr, Kern zu Schütt sagte: „Schütt, Verräter gehen bei uns um die Ecke!“ Das spricht denn doch auch recht deutlich dafür, daß Schütt und die übrigen es nicht bloß mit Kern und Fischer zu tun hatten, sondern daß hinter diesen eine Organisation stand, die auch selbst für den Fall, daß Kern und Fischer bei der Geschichte ihr Leben verlieren sollten, in der Lage wäre, an Verrätern Rache zu üben.

Und ich erinnere endlich noch an die Aeußerung Techows, die ich vorhin schon mitgeteilt habe, an die Aeußerung, die er nachher zu Schütt gemacht hat und die dahin ging: wir mußten es tun, denn es ging uns das Geld aus.

- Ich fasse zusammen: alle diese Dinge reichen wohl einstweilen nicht aus, um die Ueberzeugung zu begründen, daß es in der Tat bestimmte Organisationen und Verbände sind, innerhalb deren der Mord an Rathenau beschlossen wurde und daß die Angeklagten ihrerseits lediglich die Werkzeuge sind dieser hinter den Kulissen stehenden Drahtzieher.

*

Ich sagte: es besteht eben eine gewisse Verbindung bei all diesen Gewalttaten, es sind immer dieselben Kreise wieder, aus denen die einzelnen Täter hervorgehen. Wieweit Tillessen beim Scheidemannattentat beteiligt war, bin ich heute noch nicht in der Lage festzustellen, das wird sich noch zeigen müssen. Daß er sehr geneigt ist, zu derartigen Dingen seine Hand zu bieten, dafür habe ich allerdings erst gestern zufällig einen Beweis bekommen, als mir ein Akt unter die Hand kam, in dem sich ein Brief befand, den Tillessen im vorigen Jahr an seinen Bruder schrieb und in dem er die Frage anregte und sagte: wir müssen doch die beiden Leipziger herausheuen. Diese beiden Leipziger waren Boldt und Dittmar, die verurteilten Marineoffiziere, die man auch „herausgehauen“ hat, indem man den ersten in Hamburg, den andern in Naum-

burg aus dem Gefängnis befreit hat. Und er schreibt seinem Bruder, er hätte große Lust, die Sache zu machen, er wollte sie mal mit Kern besprechen. Ich führe das nur als Beweis an, daß Tillessen jedenfalls sehr geneigt gewesen ist, zu derartigen Dingen seine Hand zu bieten . . .

Der Mord und die O. C.

Aus der Urteilsbegründung: Bei der Beurteilung der Handlungen der Angeklagten — die überall nicht etwa, wie vielfach in der Presse angenommen worden ist, nach dem Schutzgesetz, sondern nach dem bisherigen Strafrecht zu erfolgen hat — ist sich der Gerichtshof bewußt gewesen, daß hier nur bewiesene Tatsachen, nicht bloße Vermutungen zugrunde zu legen sind. Daher ist die Annahme abgelehnt worden, daß der Ermordung Rathenaus das Komplott einer organisierten Mörderbande zugrunde liegt, nach deren Anweisung jeder einzelne Beteiligte, nach vorher übernommener Gehorsamspflicht, jeder an der ihm bestimmten Stelle, gehandelt hat. Zwar ist die Möglichkeit vorhanden, daß eine solche Organisation, die den Mord Rathenaus betrieb, bestanden hat, bewiesen ist es jedoch bisher nicht.

Der rätselhafte Giftmordversuch.

Am 19. Oktober 1922 erließ der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Leipzig einen Aufruf, in dem es u. a. hieß:

„Am 30. September 1922 zwischen 1 und 2 Uhr nachmittags ist auf dem Postamt Berlin W 35 (Körnerstraße) ein Päckchen an den Angeklagten im Rathenau-Prozeß

„cand. jur. Willy Günther in Berlin NW 52, Alt-Moabit 12a, Untersuchungsgefängnis, Gefängnis I“

abgegeben worden. Das Päckchen erweckte den Anschein einer Sarotti-Originalpackung. Wie festgestellt worden ist, war die Packung vorher vorsichtig geöffnet und dann wieder geschickt

verklebt worden. Die mit Schreibmaschine geschriebene Paketadresse trug als Absendervermerk (ebenfalls in Schreibmaschinenschrift) die Angabe: „Sarotti-Aktiengesellschaft, Berlin-Tempelhof, Teilestraße 3“. Die Sarotti-Aktiengesellschaft pflegt aber ihre Sendungen mit vorgedrucktem Absendervermerk zu versehen.

Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung besteht der dringende Verdacht, daß mit der Versendung des Päckchens ein Attentat auf das Leben des Angeklagten Günther beabsichtigt war, wohl weil der oder die Täter befürchteten, daß durch Günthers Aussagen in dem damals unmittelbar bevorstehenden Prozeß vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Hintermänner des Mordes an dem Reichsaußenminister Dr. Rathenau verraten werden würden.

Aus dem Sachverständigengutachten ergibt sich, daß die in dem Päckchen enthaltenen Pralinen in sehr geschickter Weise geöffnet und wahrscheinlich mittels einer Spritze mit arseniger Säure gefüllt worden sind. Die Menge arseniger Säure in den einzelnen Pralinen beträgt 0,336 bis 0,496 g; 0,1 bis 0,2 g arseniger Säure genügen aber, den Tod eines Menschen herbeizuführen. Da die Pralinen verspätet eintrafen, hatte Günther, der inzwischen nach Leipzig abtransportiert worden war, in einer Verhandlungspause Gelegenheit, anderen davon abzugeben. Nur dem Umstande, daß diejenigen, die davon gegessen hatten, sich erbrechen mußten, ist es zuzuschreiben, daß die Pralinen die beabsichtigte tödliche Wirkung nicht gehabt haben.

Es wird vermutet, daß die Täter der Geheimorganisation Consul (O. C.) angehören oder ihr doch nahestehen.

Auf Ermittlung und Ergreifung des Täters wird eine Belohnung von 500 000 Mark ausgesetzt. Für den Fall, daß mehrere Anspruch auf diese Belohnung erheben, behalte ich mir völlig freie Verteilung vor.

Geld und Geldgeber.

Aufwandsgelder.

Angekl. Ernst Werner Techow: Das waren Aufwandsgelder, nur für die baren Auslagen.

Präsident: Von wem haben Sie die Aufwandsgelder bekommen?

Angekl. Ernst Werner Techow: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Das Geld für die Ausführung des Mordes.

Angekl. Ernst Werner Techow: Ich sollte um 8 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof sein, um nach Dresden zu fahren und das Auto zu holen. Da wartete ich eine halbe Stunde, dann kamen Kern und Fischer, ich bekam 1000 Mark für die Unkosten und einen Brief an Brett.

Präsident: Diesen Brett oder Brandt kannten Sie?

Angekl. Ernst Werner Techow: Ja, er war mir bekannt aus der Brigadezeit.

*

Angekl. Ernst Werner Techow: Oben bei Ilsemann wuschen wir uns, und ich sagte zu Kern, er möchte mir Geld geben, da ich den Wagen reparieren lassen mußte. Er gab mir 1000 Mark . . . Da ich merkte, daß ich mit dem Geld nicht auskommen würde und zufällig draußen am Tor Kern und Fischer vorbeigingen, schickte ich Pohlmann ihnen nach und ließ nochmal um 1000 Mark bitten. Die Rechnung betrug annähernd 2000 Mark.

*

Angekl. Ernst Werner Techow: Ich bekam von Kern noch 1000 Mark, weil ich bei Schütt noch eine Rechnung zu bezahlen hatte und dazu Geld von mir genommen hatte.

Präsident: Woher kamen die Gelder, die Ihnen Kern und Fischer zur Verfügung stellten?

Angekl. Ernst Werner Techow: Das weiß ich nicht

Tillessens Gelder.

Angekl. Tillessen: Ich sagte Brüdigam, ich würde ihm 2000 Mark leihen, er sollte mir monatlich 200 Mark zurückgeben.

Präsident: Haben Sie ihm das Geld gegeben?

Angekl. Tillessen: Jawohl!

Präsident: Woher hatten Sie das Geld? Sie sagten doch, Sie wären ein armer Teufel?

Angekl. Tillessen: Ich habe immer etwas Geld gehabt für Reisen usw.

Präsident: War das Geld, das Sie sich verdient hatten, oder war es von Ihrer Organisation zur Verfügung gestellt?

Angekl. Tillessen: Ich weiß nicht, was es war. Ich bekam monatlich 1100 Mark Pension und von der Organisation zuerst 2500 Mark und nachher 3000 Mark.

Präsident: Welche Organisation war das?

Angekl. Tillessen: Der Neudeutsche Bund.

Präsident: Von dieser Organisation bekamen Sie 2500 Mark und dazu Ihre Pension?

Angekl. Tillessen: Jawohl! — Dieses Geld reicht nicht entfernt, wenn ich reisen mußte. Ich habe mich für die einzelnen Reisen an Herren gewandt, von denen ich wußte, daß sie national gesinnt waren. Ich habe ihnen genau gesagt, wohin ich reisen wollte und wieviel ich brauchte. Ich wurde nach auswärts eingeladen, um zu sprechen . . .

Angekl. Tillessen: Ich habe dann von Hoffmann einen Brief bekommen, worin er von sich aus schrieb, er habe Brüdigam 1000 Mark oder 2000 Mark gegeben, habe ihm Geld gegeben, ich weiß nicht mehr genau wieviel.

Angekl. Tillessen: In dieser Zeit ist Brüdigam von Berlin zurückgekommen und hat sich an Leutnant Heinze gewandt, der eigentlich die Nachrichtengeschichte hat, der alles mit mir besprochen hat. — Dieser Heinze — ich kam vom Pfingsturlaub

zurück — sagte mir: Ich habe ihm 1000 Mark gegeben . . .

Angekl. Tillesen: Kurz bevor ich nach Koblenz in Urlaub ging, schrieb mir Brüdigam einen Brief, er könnte zu dem betreffenden Termin noch nicht zurückkommen . . . Gleichzeitig bat er mich um Geld. Ich habe es ihm hingeschickt, 1000 oder 2000 Mark.

Präsident: Alles von Ihrem Geld?

Angekl. Tillesen: Ich habe es mir erbettelt.

Geldgeber für „nationale Unternehmungen“.

Angekl. v. Salomon: Ich bin von mehreren Herren gebeten worden, für ein Unternehmen, das im besetzten Gebiet stattfinden sollte, Quartier in Deutschland zu machen, und zwar bei verschiedenen Herren, deren Adressen sie mir gaben und an die sie mir Empfehlungsschreiben mitgaben. Auf diesen Reisen kam ich nach Berlin.

Präsident: Also es handelte sich um ein sogenanntes nationales Unternehmen, Befreiung oder dergleichen?

Angekl. v. Salomon: Um Befreiung von Gefangenen im besetzten Gebiet.

Präsident: Nun haben Sie zunächst drei Tage in Potsdam gewohnt und Sie haben damals 12000 Mark bei sich gehabt.

Angekl. v. Salomon: Jawohl.

Präsident: Sie hatten angegeben, daß Sie sie durch Spekulation erworben haben.

Angekl. v. Salomon: Nur teilweise. Ich hatte selbstverständlich von den Herren, die mich losgeschickt haben, etwas Geld bekommen.

Präsident: Wollen Sie die Quellen nennen, woher diese Gelder stammen?

Angekl. v. Salomon: Nein.

Präsident: Darüber verweigern Sie die Auskunft?

Angekl. v. Salomon: Ja . . .

Mordatmosphäre.

„Dicke Sache“.

Angekl. Hans Gerd Techow: Während ich mit meinem Bruder in dem anderen Zimmer stand, hörte ich von fern so etwas wie vorüberfahren und schießen sagen.

Präsident: Sie haben sich gleich gedacht, daß es sich auf den Mord an Rathenau beziehen sollte.

Angekl. Hans Gerd Techow: Ich brachte das mit dem Stubenrauchschen Plane zusammen . . . Ich holte darauf mein Rad, brachte meine Laterne in Ordnung und ging mit Günther weg, der neben mir ging. Ich fragte Günther noch, was die eigentlich vorhaben. Günther äußerte sich nicht näher darüber, sondern sagte nur, wir haben eine dicke Sache vor.

„Nationale Sache“.

Angekl. v. Salomon: . . . Ich sagte Warnecke, ich sei hier, um einen Chauffeur für eine nationale Sache im Auftrage Kerns zu holen . . . Auf dem Wege dorthin erzählte mir Warnecke von Sprengattentaten, die in Hamburg stattgefunden hatten.

Präsident: Auf seine Veranlassung?

Angekl. v. Salomon: Es wurde davon gesprochen. Er zeigte mir Zeitungen, Hamburger Volkszeitungen, wo von diesen Sprengattentaten geschrieben war.

Präsident: Gab er zu verstehen, daß er dahinterstecke?

Angekl. v. Salomon: Das nahm ich an.

Präsident: Hat er gesagt, nun müsse auch einmal in Berlin etwas geschehen?

Angekl. v. Salomon: Ja, dem Sinne nach. Er sprach davon, daß in Hamburg dauernd etwas passiere,

und in anderen Städten, in Berlin, höre man von nationalen Leuten überhaupt nichts. Da würden keine Demonstrationen gestört, keine Versammlungen gestört, nichts.

Waffenlager bei Küchenmeister.

Präsident: Sie haben festgestellt, daß bei dem mitverdächtigen und jetzt anscheinend auf der Flucht befindlichen Johannes Küchenmeister ein Waffenlager gefunden worden ist.

Zeuge Polizeikommissar Schleinitz: Jawohl, das habe ich beschlagnahmt.

Präsident: Das war da eingemauert in dessen Wohnung? (Ja!) Was haben Sie da gefunden?

Zeuge Schleinitz: Die einzelnen Gegenstände waren: 105 Karabiner, Modell 98, 6 leichte M. G., 6 schwere M. G., 106 Kisten Munition, 43 Kisten S-Munition, 20 Gurte, teilweise mit Munition, 15 M. G.-Traggurte, 2 Minenwerfer, 2 Schutzschilde, 2 Lafetten, 4 Wurfscilde, 1 Deichsel, 4 Richtstangen, 7 Schläuche, 4 Räder zum M. G. usw.

Sturmsoldatenabend.

Angekl. Tillessen: Ja, wir sind in die Wohnung gefahren. In der Wohnung waren Plaas und Salomon, und wie wir hereinkamen, sagte Kern als erstes: Salomon, holen Sie eine Flasche Wein beim Wirt. Darauf sagte ich: Na, ich denke, ihr habt kein Geld? — Weil ich persönlich tatsächlich monatelang keinen Wein trinken konnte, weil ich selbst kein Geld mehr hatte. Darauf sagte Kern: Dazu langt es allemal noch und besonders bei einem solchen Sturmsoldatenabend wie heute!

Schwedenpunsch und Kognak am Vorabend.

Präsident: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß die Herren angetrunken waren?

Angekl. Hans Gerd Techow: Ja.

Präsident: Standen auch Flaschen von Schwedenpunsch, Kognak usw. herum?

Angekl. Hans Gerd Techow: Ja.

Nach der Tat:

Siechenbräu, Waldschenke, Korpshaus Teutonia.

Angekl. Ernst Werner Techow: Nachdem ich fertig war, ungefähr gegen $\frac{1}{2}$ Uhr, fuhr ich meinerseits weg, um Kern und Fischer verabredungsgemäß zu treffen, nach dem „Siechenbräu“ in der Französischen Straße. Auf dem Wege dorthin, kurz vor dem Bräu, sah ich meinen jüngeren Bruder und Günther, die bereits aus dem „Siechenbräu“ herauskamen . . .

Darauf gab ich an, wir wollten uns $\frac{1}{2}$ 5 Uhr in der „Waldschenke“ am Zoologischen Garten treffen. Ich fuhr nach Hause und zog mich um. Ich hatte zum Arbeiten Sturmhosen an und zog deshalb einen anderen Anzug an. Ich begab mich dann auf den Tennisplatz meines Klubs und trank dort Kaffee. Von dort aus fuhr ich in die „Waldschenke“, wo ich Kern und Fischer traf. Später ist noch jemand dazugekommen, ich weiß aber nicht genau, wer . . .

Ich trennte mich von Kern und Fischer dann, und wir trafen uns am Abend noch einmal in den „Wilhelmshallen“ am Zoologischen Garten. Da ist auch mein kleiner Bruder dabei gewesen. Ich ging dann mit meinem Bruder später auf die Kneipe aufs Korpshaus Teutonia, wo ich ziemlich stark gezecht und auch geschlafen habe.

Die Lustfahrt und der Blumenstrauß.

Präsident: Am Montag haben Sie Kern und Fischer in Wannsee getroffen?

Angekl. Hans Gerd Techow: Ja, wir hatten uns verabredet; sie hatten mich zum Rudern eingeladen, ich bin aber zu spät gekommen. Wir sind dann doch gerudert. Beim Hausboot haben wir uns verankert und haben uns noch

etwas Musik angehört. Dann sind wir nach Berlin hineingefahren. Fischer hat noch einen Blumenstrauß gekauft. Sie sind in Steglitz ausgestiegen.

Präsident: Zu welchem Zweck hat er den Blumenstrauß gekauft?

Angekl. Hans Gerd Techow: Ich nehme an, sie wollten jemand treffen.

Präsident: Am Dienstag waren Sie dann in der Schule und haben niemand gesehen, und dann sind Sie festgesetzt worden.

*

Oberreichsanwalt: Als er (Ernst Werner Techow) sich eine Zeitlang mit dem Auto beschäftigt hatte, verließ auch er das Schüttsche Anwesen, trieb sich am Nachmittag in verschiedenen Wirtschaften herum, in den „Wilhelmshallen“ am Zoo, trank sich auf dem Korpshaus einen ordentlichen Rausch an, und am nächsten Morgen ließ er sich von seinem Bruder Gerd seinen Koffer zur Bahn bringen und fuhr vom Anhalter Bahnhof ab, da ihm doch das Berliner Pflaster etwas zu heiß geworden war.

Die beiden anderen, Kern und Fischer, trieben sich in den nächsten Tagen noch ganz frech in Berlin herum. Sie mochten wohl annehmen, daß sie hier in der Millionenstadt am sichersten untertauchen könnten. Der junge Gerd Techow hat mit ihnen sogar am Montag oder gar Dienstag noch eine Lustfahrt auf dem Wannsee gemacht.

Günthers Beziehungen.

Präsident: Angeklagter Günther, in der Presse ist vielfach die Rede davon gewesen, daß Sie sich Ihrer Beziehungen zu höchststehenden Personen gerühmt hätten. Besonders wird immer davon gesprochen, daß Sie zu General Ludendorff in Beziehungen gestanden hätten.

Angekl. Günther: Jawohl, ich habe zu General Ludendorff in Beziehungen gestanden, insofern, als ich durch den Deutschen nationalen Jugendbund mit ihm Fühlung bekommen habe und ab und zu mit ihm brieflich zu tun hatte.

Präsident: Was war denn der Inhalt der Briefe?

Angekl. Günther: Der Inhalt ging Herrn von Jagow an, der ein Wiederaufnahmeverfahren in seinem Prozeß versuchte.

Präsident: General Ludendorff interessierte sich dafür, daß der Prozeß wieder aufgenommen wurde?

Angekl. Günther: Jawohl!

Präsident: Wie wandte er sich an Sie?

Angekl. Günther: Ich war bei Herrn von Jagow gewesen. Herr von Jagow wußte, daß ich ab und zu in der Nationalen Jugendvereinigung tätig war und ab und zu da zu tun hatte.

Präsident: Sie sind persönlich bei General Ludendorff gewesen?

Angekl. Günther: Jawohl!

Präsident: Haben Sie mit ihm gesprochen?

Angekl. Günther: Jawohl!

Präsident: Sie haben persönlich mit ihm gesprochen?

Angekl. Günther: Jawohl, wir sprachen über das Wiederaufnahmeverfahren.

Präsident: Sonst haben Sie nichts gesprochen?

Angekl. Günther: Jawohl!

Präsident: Haben Sie noch andere Briefe bekommen?

Angekl. Günther: Ja, dann nur noch wegen der Fahnenweihe des Deutschnationalen Jugendbundes.

Angekl. Günther: Ich hatte ihn gebeten, ob er nicht die Freundlichkeit haben würde, der Fahnenweihe des Deutschnationalen Jugendbundes beizuwohnen. Er sagte, er wäre nicht mehr in Berlin, er hat dann nur den Fahnenanspruch geschickt.

Präsident: Das ist der Brief, der anfängt mit: „Mein lieber Günther?“ Hatten Sie auch Beziehungen zu Exz. Helfferich?

Angekl. Günther: Zu Exz. Helfferich habe ich auch Beziehungen gehabt, als ich Exz. Helfferich gebeten hatte, abzuraten von einem gewaltsamen Losschlagen. Er hatte an Oberst Bauer einen Brief . . .

Präsident: Sie hatten Exz. Helfferich gebeten, abzuraten von einem Losschlagen?

Angekl. Günther: Ich hatte Exz. Helfferich gebeten, er möchte bei der Nationalen Vereinigung darauf hinwirken, daß nichts Gewalttätiges geschehen würde.

Präsident: Wie kamen Sie denn dazu?

Angekl. Günther: Ich habe das nicht aus mir heraus getan, sondern weil Graf Reventlow mir sagte, daß es ziemlich verfehlt wäre, mit Gewalt loszuschlagen.

Oberreichsanwalt: Ich bitte, den Angeklagten noch zu fragen, bei welcher ersten Gelegenheit er mit Ludendorff zusammengekommen ist?

Angekl. Günther: Im September 1919, gelegentlich der Hindenburg-Geburtstagsfeier in der Ortsgruppe Hansa, da hat General Ludendorff zum erstenmal gesprochen.

Präsident: Da haben Sie ihn kennengelernt?

Angekl. Günther: Nein, schon vorher. Ich hatte ihn gebeten, die Rede zu halten.

Präsident: Stellten Sie sich ihm vor?

Angekl. Günther: Ich wurde durch den Ehrenvorsitzenden, Herrn Ministerialdirektor Neuhaus, vorgestellt.

Richter Jaeckel: Günther hat wiederholt mit Ludendorff korrespondiert, wenn auch nicht im deutschvölkischen Sinne. Wie oft haben Sie Briefe von Ludendorff bekommen?

Angekl. Günther: Etwa 10.

Präsident: Waren es immer solche Feiern, oder auch sonst?

Angekl. Günther: Es waren im allgemeinen solche Feiern.

Präsident: Wo seine Gegenwart von Ihnen gewünscht wurde. Hat er auch aus eigener Initiative an Sie geschrieben?

Angekl. Günther: Ein- oder zweimal.

Nestabend des Deutschnationalen Jugendbundes.

Präsident: Wo waren Sie nun am Abend?

Angekl. Günther: Bei einem Nestabend des Deutschnationalen Jugendbundes.

Präsident: Nun, was geschah da?

Angekl. Günther: Da wurde ich mit ziemlichem Hallo begrüßt.

Präsident: Freudig?

Angekl. Günther: Jawohl.

Präsident: Und zwar als Mörder Rathenaus?

Angekl. Günther: Jawohl.

Präsident: Das waren meistens Schüler?

Angekl. Günther: Meistenteils ja.

Präsident: Dann haben Sie also auch da falsche Angaben über Ihre Beteiligung fortgesetzt?

Angekl. Günther: Jawohl.

Präsident: Sie wurden da sozusagen als Held gefeiert?

Angekl. Günther: Sozusagen ja.

Präsident: Das war also der Nestabend des Deutschnationalen Jugendbundes in der Lützowstraße.

Vert. Dr. Hahn: Ist Ihnen nicht bekannt, daß gerade an dem Tage, als Sie zu dem Nestabend kamen, die Tat verabscheut worden ist und der Studienassessor Rebsch gerade ausdrücklich ausgeführt hat, daß der Mord an Rathenau unter allen Umständen zu mißbilligen sei?

Angekl. Günther: Ja, während des Nestabends hat der Vorsitzende, Herr Studienassessor Rebsch, allerdings das Attentat auf Rathenau verabscheut. Aber das Hallo war ja nur zuerst, als ich hineinkam.

Vert. Dr. Hahn: Wenn nach der Richtung irgendeine Aufklärung noch nötig sein sollte, bitte ich, den Studienassessor Dr. Rebsch zu laden, um zu bezeugen, daß er und die ganze Jugend, die dort gewesen ist, über das Attentat empört war, daß keiner der Beteiligten das Attentat in freudigem Sinne begrüßt hat.

Richter Fehrenbach: Der Deutschnationale Jugendbund interessiert mich doch. Ich möchte das Verhalten dieses Deutschnationalen Jugendbundes an dem Abend jetzt aus Ihrem Munde hören, nicht aus dem Munde des Studienassessors soundso. Aber bitte ohne Renommisterei.

Angekl. Günther: Jawohl.

Richter Fehrenbach: Sie sind nicht hinausgeschmissen worden als der Mörder?

Angekl. Günther: Direkt nicht. — (Heiterkeit.)

Richter Fehrenbach: Aber indirekt, wie? — Wenn in dem Deutschnationalen Jugendbunde eine Em-

pörung über die Tāt gewesen wäre, hätte man Sie erstens nicht mit Hallo empfangen können, trotz Ihrer Renommisterei; zweitens hätte man Sie nicht mehrlänger in dem Saale dulden dürfen, sondern hätte Sie herausjagen müssen, wenn Mörder in die Gesellschaft von jungen anständigen Menschen kommen. Ist das so gewesen?

Angekl. Günther: So ist es nicht direkt gewesen. Ich habe mich nachher natürlich vollkommen ruhig verhalten.

Präsident: Sie haben vorher gesagt, Sie wären als ein Held gefeiert worden.

Angekl. Günther: Nur beim ersten Hineinkommen.

Richter Fehrenbach: Sie sind des weiteren im Lokal geduldet worden?

Angekl. Günther: Jawohl.

Moralische Verlotterung.

Zeuge Erwin Behrens: Ich habe nach dieser Verhaftung (von seinem Neffen Ernst Werner Techow) eine Unmenge von Schmäh- und Drohbriefen bekommen. Die Leute, die an mich geschrieben haben, haben das alle anonym an mich geschickt: Eine echt deutsche Frau, ein echt Deutschnationaler usw. Mich persönlich haben die Briefe sehr wenig berührt. Ich möchte aber hier vor Gericht feststellen, wieviele Leute es gibt, die moralisch so verlottert sind, daß sie den gemeinen Mut haben, einen solchen Menschen so zu beschimpfen.

Judenhetze.

Briefe.

Präsident: Hier ist ein Brief. Der Schiffsbaumeister Friedrich Steinbeck — das ist Ihr Vater, Steinbeck?

Angekl. Steinbeck: Ja, Herr Präsident!

Präsident: . . . schreibt unter dem 1. Februar 1922 an seinen Sohn: „In Schottland sollen sie auch einen furchtbaren Judenhaß haben. Bei uns bleibt es leider nur am Schimpfen. Daß man den Juden einmal richtig hochnimmt, namentlich im Reichstag, ist ausgeschlossen. Dieser Rathenau hat glücklich sein Ziel erreicht. Angepöbelt müßte er werden, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nimmt.“ — Ist das so richtig?

Angekl. Steinbeck: Jawohl, Herr Präsident, das ist richtig.

Präsident: In einem anderen Briefe schrieb Steinbeck: „Aber in Berlin habe ich Graf Waldersee aufgesucht — natürlich über Politik gesprochen. Brieflich muß man eben den Mund halten. Es gärt überall. Nur abwarten! Auch hier in R.“

Ein Jugenderzieher.

Richter Hartmann: Der Zeuge (Rebsch) hat darauf hingewiesen, daß der Angeklagte Günther an dem Nestabend empfangen worden ist von einer Anzahl der Mitglieder mit dem Hinweis darauf: Bist du der Mörder gewesen oder mit bei den Mördern gewesen? Das ist in höhnischem Ton geschehen, wie Sie sagten. (Ja.) Man wollte ihn verhöhnen, weil er Renommist sei. Haben die Leute, die die Verhöhnung vorgenommen haben, nichts gesagt oder getan, was irgendwie das Verbrechen mißbilligt, das an Rathenau begangen ist?

Zeuge Rebsch: Ich habe nur mit einigen darüber gesprochen. Ich habe von den Jungen selbst kaum etwas gehört. — Sie verhielten sich der Sache ziemlich gleichgültig gegenüber.

Richter Hartmann: Darf ich fragen, in welchem Alter sich diese jungen Leute befanden, die in diesem Verein sind?

Zeuge Rebsch: Das ist ganz verschieden, von 13 bis 18 Jahren etwa. — — —

Zeuge Rebsch: Dazu kann ich mich folgendermaßen äußern: Unter Antisemitismus, den wir treiben, verstehe ich folgendes: den Kampf gegen den Materialismus und den Kampf gegen die Zersetzung.

Präsident: Wird denn dieser Kampf bezeichnet als „Antisemitismus“?

Zeuge Rebsch: Ja, das weiß ich nicht, wie man das bezeichnet.

Präsident: Sind Sie denn der Meinung, daß das gleichbedeutend ist, Jude zu sein und materialistisch usw. gesinnt zu sein?

Zeuge Rebsch: Man definiert das heute leicht vielfach, und so möchte ich das am besten hier so darstellen, wie ich es eben gesagt habe. Wenn man immer sagt, wir seien antisemitisch, so kann man eben nur darunter verstehen, daß wir den Kampf gegen die Zersetzung führen und aufnehmen. — — —

Richter Jäckel: Ich habe den Zeugen über den Deutschen nationalen Jugendbund befragt. Da halte ich das für sehr wichtig, um das Milieu zu kennzeichnen und festzustellen, aus dem Taten entstehen können, die hier zur Verhandlung stehen.

Präsident: Ich stelle fest, daß der Zeuge erklärt hat, daß dieser Bund in gewisser Weise, wie er es ausdrückt, antisemitische Tendenzen verfolgt, aber in dem Sinne, daß damit nicht das ganze Judentum bekämpft werden soll, sondern derjenige Teil des Judentums, der nach seiner Ansicht — ob das richtig ist, können wir hier nicht untersuchen — gewiß materialistische Tendenzen verfolgt.

Zeuge Rebsch: Ja, wir sind uns bewußt, daß es schwarze und weiße Juden gibt.

Der Mordplan des Gymnasiasten Stubenrauch.

Präsident: Wie heißen Sie mit Vornamen? (Heinz.) Heinz Stubenrauch. Sie sind Gymnasiast? (Ja.) Wie alt sind Sie? (17 Jahre.) Sie sind ja der Urheber eines Mordplanes gegen den Minister Rathenau.

Zeuge Stubenrauch: Ich werde als solcher hingestellt. In Wirklichkeit entspricht das nicht den Tatsachen.

Präsident: Sie gehören dem Bund der Aufrechten an? Was ist das für ein Bund?

Zeuge Stubenrauch: Der Bund der Aufrechten ist ein Bund, in dem alle diejenigen vereinigt sind, die noch gern den alten deutschen Geist hochhalten, die Erinnerung an die alte deutsche Zeit.

Präsident: Sie haben den Minister Rathenau für einen Schädling an dem deutschen Volk gehalten?

Zeuge Stubenrauch: Jawohl!

Präsident: Aus welchem Grunde?

Zeuge Stubenrauch: Erstens nach meiner Lektüre der Testamente Friedrichs des Großen und weiterhin nach seiner ganzen äußeren Politikführung, begonnen bei dem Wiesbadener Abkommen, dem Sachlieferungsvertrage, bis zum Rapallovertrage.

Präsident: Das haben Sie alles für unrichtig gehalten?

Zeuge Stubenrauch: Hauptsächlich eben begründet auf die Testamente Friedrichs des Großen, in denen er bereits über die Juden urteilt. Ich habe die Testamente hier. Wenn sie verlesen werden würden . . .

Präsident: Sie sind jedenfalls Antisemit, wie Sie sagen, durch die Testamente Friedrichs des Großen.

Zeuge Stubenrauch: Antisemit — ja. Gegen den einzelnen Juden habe ich nichts, nur gegen den Juden in der Regierung.

... Als ich das hörte, von dem Abschluß des Rapallovertrages, drückte ich mich dem Günther gegenüber so aus: Wenn ich einen Revolver hätte, würde ich ihn gleich herunterschießen.

... Als wir die theoretischen Ansichten austauschten, als wir meinten, im Falle, daß eine Ermordung stattfinden müßte, müßte sie öffentlich stattfinden.

Präsident: Sie haben häufiger darüber gesprochen?

Zeuge Stubenrauch: Bei den verschiedensten Zusammenkünften haben wir darüber gesprochen.

Präsident: Das hat Sie doch zu dem Wunsche veranlaßt, mit der Organisation C. in Verbindung zu treten? Sie haben doch einen Brief geschrieben?

Zeuge Stubenrauch: Jawohl.

Präsident: Was stand denn in dem Briefe?

Zeuge Stubenrauch: Der Brief war auf Veranlassung von Günther geschrieben. Ob ich bei der eventuellen Ausführung meiner Absicht von der Organisation Consul unterstützt werden würde.

Präsident: Haben Sie sich über Ihre Absichten näher geäußert?

Zeugen Stubenrauch: Nein, ich dachte, Sie wüßten es schon durch Günther. — — —

... Ja, dann plötzlich, am Dienstag, den 20. Juni, holte mich Günther von der Schule ab ... Als ich Günther sagte, ich wollte nach Haus, hielt er mir vor, ich sei feig und wankelmütig usw., und da sah ich mich schon gezwungen, mitzugehen.

Präsident: Hat er Ihnen nicht gesagt, es wären zwei Leute von der Organisation C. aus München da, die über Ihren Plan mit Ihnen sprechen wollten?

Zeuge Stubenrauch: Ja, das hat er gesagt. Unterwegs erzählte mir Günther, daß der Plan der Ermordung mit einem Lasso ausgeführt werden sollte. Ich ärgerte mich darüber, daß er mich zum besten halten wollte.

Präsident: In dem Ratskeller trafen sich Kern und Fischer und Tschow.

Zeuge Stubenrauch: Einer der Herren fing gleich an „in medias res“ zu gehen und riet mir gleich ab.

Präsident: Haben sie auch gesagt, Sie würden bei kleineren Aufgaben Verwendung finden können?

Zeuge Stubenrauch: Jawohl. Darauf habe ich gesagt, das würde ich mir aber noch sehr überlegen. — — —

Richter Hartmann: Sie haben gesagt, daß der Bund der Aufrechten kein Schülerverein wäre. Sie sind doch Schüler.

Zeuge Stubenrauch: Jawohl!

Richter Hartmann: Wielange sind Sie schon Mitglied?

Zeuge Stubenrauch: Schon lange.

Richter Hartmann: Wielange denn?

Zeuge Stubenrauch: Seit der Gründung.

Richter Hartmann: Wann ist die Gründung erfolgt?

Zeuge Stubenrauch: 1919.

Richter Hartmann: Das sind also drei Jahre her. Dann sind Sie also 15 Jahre alt gewesen, als Sie aufgenommen wurden?

Zeuge Stubenrauch: Jawohl!

Richter Fehrenbach: In welcher Gymnasialklasse sind Sie?

Zeuge Stubenrauch: Unterprima.

Richter Fehrenbach: Ihnen ist Rathenau auf Grund des Wiesbadener Abkommens und des Rapallovertrages als ein Schädling erschienen? Haben Sie sich denn die Befähigung zugeutraut, anlässlich des Wiesbadener Abkommens und des Rapallovertrages ein solches Urteil zu fällen? Ist das Urteil in Ihrem Kopf entstanden?

Zeuge Stubenrauch: Ja, es ist in meinem Kopfe entstanden und entspricht meinen Jahren. Vielleicht urteile ich später anders. Es ist möglich, daß jemand ein anderes Urteil fällt, wenn er älter ist.

Richter Fehrenbach: Sie sind auf dem Steglitzer Gymnasium?

Zeuge Stubenrauch: Auf dem Realgymnasium.

Richter Fehrenbach: Sie sind noch auf der Schule?

Zeuge Stubenrauch: Jawohl! Ich habe aber infolge der langen Zeit, die ich in Untersuchungshaft gesessen habe, das Ziel der Klasse nicht erreicht.

Richter Fehrenbach: Sie sind also noch auf dem Gymnasium geblieben, trotz alledem. Das interessiert mich. Es werden so seltsame Verhältnisse an den öffentlichen Lehranstalten konstatiert, die geradezu gemeingefährlich sind. Das interessiert mich, daß Sie noch auf der Schule geblieben sind.

Zeuge Stubenrauch: Nachdem das Verfahren gegen mich eingestellt war und festgestellt war, daß ich schuldlos war, bin ich selbstverständlich zu der Schule zurückgekehrt, wäre das Verfahren nicht eingestellt, so wäre es für mich unmöglich gewesen, zur Schule zurückzukehren.

Vert. Dr. Bloch: Herr Stubenrauch, Ihr Vater ist General. Ist Ihr Vater auch Mitglied des Bundes der Aufrechten?

Zeuge Stubenrauch: Ja.

Vert. Dr. Bloch: Ihre Mutter ist auch Mitglied des Bundes der Aufrechten?

Zeuge Stubenrauch: Jawohl!

Vert. Dr. Bloch: Und Sie auch?

Zeuge Stubenrauch: Jawohl!

Vert. Dr. Bloch: Sind Sie als Haussohn Mitglied geworden?

Zeuge Stubenrauch: Nein, selbständig, alle drei.

Vert. Dr. Bloch: Also selbständig. — — —

Präsident: Zunächst wird ein Gerichtsbeschluß dahin verkündet, daß von der Vereidigung des Zeugen Stubenrauch wegen Verdachts der Teilnahme abgesehen wird.

Gefahr für die Zukunft.

Oberreichsanwalt: So viel steht jedenfalls fest, daß durch die fortgesetzte, insbesondere antisemitische Hetze eine derart vergiftete Atmosphäre geschaffen wurde und ständig noch geschaffen wird, daß man es woh!

verstehen kann, wenn in den Köpfen derartiger Leute, wie wir sie vor uns haben, solche Mordpläne entstehen und zur Ausführung kommen.

Ich möchte diesen Teil meiner Ausführungen mit einer Äußerung schließen, die ein Politiker jüngst gemacht hat, der sicherlich nicht zu weit links steht, ich meine unseren früheren Kollegen Herrn Minister Dr. Düringer, der vor einiger Zeit sich dahin geäußert hat:

„Es genügt nicht, daß man sich gegenüber den Attentaten auf sein gutes Gewissen berufen kann, daß man beweißt, man habe keine Ahnung von ihnen gehabt. Es genügt nicht, daß man es ebenso verurteilt wie die politischen Gegner. Man muß den Geist ausschalten, aus dem sie geboren sind.“

Ich glaube, Düringer hat vollkommen recht, und ich möchte hinzufügen: dieser Geist ist leider auch heute noch nicht ausgeschaltet; er wird täglich noch größer gezogen und genährt.

Das Urteil.

Im Namen des Reichs.

- I. Freigesprochen werden die Angeklagten Christian Ilsemann von der Anschuldigung wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord und eines Vergehens der Begünstigung, Gustav Steinbeck und Friedrich Warnecke von der Anschuldigung wegen je eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord, Werner Voß von der Anschuldigung wegen eines Vergehens wider die öffentliche Ordnung nach § 139 St.G.B.

Soweit werden die Kosten des Verfahrens der Reichskasse auferlegt.

- II. Verurteilt werden:

Ernst Werner Techow wegen Verbrechens der Beihilfe zum Mord zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren.

Hans Gerd Techow wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord und wegen eines Vergehens der Begünstigung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 4 Jahren 1 Monat.

Willy Günther wegen Verbrechens der Beihilfe zum Mord in Tateinheit mit einem Vergehen der Begünstigung zu einer Zuchthausstrafe von 8 Jahren.

Ernst von Salomon und *Waldemar Niedrig* wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord zu einer Zuchthausstrafe von je 5 Jahren.

Christian Ilsemann wegen Vergehens gegen die Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Richard Schütt und *Franz Diestel* wegen je eines Vergehens der Begünstigung zu einer Gefängnisstrafe von je 2 Monaten.

Karl Tillessen und *Hartmut Plaas* wegen je eines Vergehens wider die öffentliche Ordnung gemäß § 139 St.G.B. zu einer Gefängnisstrafe
Tillessen von 3 Jahren,
Plaas von 2 Jahren.

III. Den Angeklagten *Ernst Werner Techow* und *Willi Günther* werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf je 10 Jahre, den Angeklagten *von Salomon* und *Niedrig* auf je 5 Jahre aberkannt.

Die verurteilten Angeklagten werden zu den Kosten verurteilt.

Die zur Tat gebrauchte Maschinenpistole wird eingezogen.

IV. Die Gefängnisstrafen von *Ilseemann*, *Schütt* und *Diestel* sind durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Auf die Gefängnisstrafe der Angeklagten *Hans Gerd Techow*, *Tillessen* und *Plaas* ist die Gefängnishaft anzurechnen.

Die gegen *Ilseemann* und *Schütt* und *Diestel* bestehenden Haftbefehle werden aufgehoben.

Erich Kuttner:
**Warum versagt die
Justiz?**

Preis 50,00 M.



B E S P R E C H U N G E N :

Von rechts: Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete, Universitätsprofessor DDr. Kahl im Reichstag: „Ich habe mir heute vormittag die Freude gemacht, das Buch von Kuttner zu lesen: „Warum versagt die Justiz?“ Ich erkenne an, daß es im idealen Geist geschrieben, und daß es manches Richtige bringt. Aber der Grundgedanke ist falsch.“ ♦

„Bonner Zeitung“, 15. Februar 1922. „Seine politischen Vorschläge, an Stelle der Unabsetzbarkeit die Versetzbarkeit treten und die Strafrichter durch das Volk wählen zu lassen, sind völlig undiskutabel. Es soll nicht geleugnet werden, daß seine Kritik manchen beachtenswerten Gedanken birgt. Namentlich gilt das vom 12. Kapitel, wo er über die Reform der Laiengerichte spricht. Aber sein Gesamturteil ist ein Fehlurteil.“ ♦

„Deutsche Richterzeitung“, 1. Februar 1922. „Ich habe dieses nette Büchlein in der „Kölnischen Zeitung“ gebührend zu würdigen versucht, dieses Schriftwerk, das unseren Richterstand im wahrsten Sinne des Wortes in den Staub zieht. Um so überraschter war ich, in der „Deutschen Juristenzeitung“ 1922, Heft 1—2, Umschlagbogen S. 13, ein In s e r a t zu finden, in welchem dieses Buch unter Angabe von Verfasser, Ueberschrift, Verlag und unter verkleinerter Wiedergabe des Titelbildes angekündigt wird. Auf dem Buchumschlag hat nämlich Kuttner den deutschen Richter in Talar und mit Gesetzbuch zwischen zwei Stühlen, einem schwarz-rot-goldenen und einem schwarz-weiß-roten, stehend und an letzteren angelehnt, dargestellt. Wenn wirklich die „Deutsche Juristenzeitung“ ihrem Sinnbild dienen will, dann darf sie niemals dieses Buch verbreiten helfen.“ ♦

„Deutsche Juristenzeitung“, Heft 1—2, 1922. „Da sah ich neulich im Schaufenster ein Schriftchen mit dem Titel: „Erich Kuttner, Warum versagt die Justiz?“ Mehr konnte ich, der Entfernung wegen, nicht lesen und leider sind die Zeiten, daß man ein solches Schriftchen kaufen könnte, der hohen Preise wegen, vorbei.“ (Es folgt jetzt eine längere Polemik des sachlichen Kritikers — gegen die Umschlagzeichnung der nicht gelesenen Schrift!) ♦

Von links: „Königsberger Volkszeitung“, 31. Dezember 1921. „Aufbauarbeit kann und wird das Buch unseres Genossen Kuttner werden, wenn es fleißig nicht überlesen, sondern durchgearbeitet wird, von allen, die es angeht, und das ist letzten Endes jeder deutsche Staatsbürger. . . Alles im allem: Das Werk Kuttners ruft zur Tat.“ ♦

„Berliner Tageblatt“, 7. März 1922. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren. In den Parlamentsdebatten der letzten Jahre sind sie gehäuft, auch der Landtagsabgeordnete Erich Kuttner hat in seiner Schrift „Warum versagt die Justiz?“, die im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen ist, ein reiches Material zusammengestellt. ♦

„Neckar-Echo“, Heilbronn, 20. Dezember 1921. „In seiner neuesten Justiz-Broschüre „Warum versagt die Justiz?“ hat der „Vorwärts“-Redakteur Erich Kuttner dieses Versagen der Justiz gegen rechts, ihr Verhalten gegenüber dem gesetzlosen Treiben einer mit den verzweifeltsten Mitteln arbeitenden reaktionären Umsturzgruppe glänzend zu interpretieren gewußt.“ ♦

„Volksbote“, Stettin, 9. Dezember 1921. „Der besondere Wert dieser Schrift beruht darin, daß in klarer präziser Weise die Aufgaben der Justiz herausgearbeitet sind und der Unterschied zwischen Einst und Jetzt aufgedeckt wird. . . Im Kampf um die Justizreform erweist sich daher diese Schrift als eine wertvolle Waffe, und es ist ihr weiteste Verbreitung zu wünschen.“ ♦

„Brandenburger Zeitung“, 9. Dez. 1921. Vernichtenderes ist über unsere Justizschäden noch nicht geschrieben worden, und die Vorschläge, die Kuttner an seine Kritik knüpft, sind so einleuchtender und zweckmäßiger Art, daß es hoffentlich unserem Reichsjustizminister Gen.Radbruch gelingen wird, endlich einmal der Göttin Justitia, die bisher immer noch durch die Mullbinde zu schielen verstand, eine sichere Leinenbinde umzulegen, damit endlich Recht Recht wird und Recht bleibt.“ ♦

BILANZ DER RECHTSPRECHUNG

von

ERICH KUTTNER

M. d. L.

Preis M. 25,-

Diese Schrift wendet sich an alle Freunde des Rechts und der Gerechtigkeitsidee ohne Unterschied der Partei. Kein rechtsliebender Mensch, der einmal einen Blick in die ungeheuerlichen Fehler der heutigen Rechtsprechung getan hat, wird im Kampfe ums Recht seine Mithilfe verweigern



AUS DEN URTEILEN DER PRESSE:

„GERMANIA“: In dieser Broschüre hat der Verfasser eine Anzahl Urteile zusammengestellt, von denen man allerdings sagen muß, daß sie mit dem Rechtsempfinden des Volkes nicht in Einklang zu bringen sind. Immerhin kann es nichts schaden, daß die Öffentlichkeit an der Rechtsprechung in solch hohem Maße sich interessiert zeigt und daß auf Mängel hingewiesen wird, die sich hier und da zeigen. ◆

„VORWÄRTS“: Die Kuttnersche Arbeit rückt die preußische Rechtsprechung in den Spiegel des Zeitgeschehens. Sie zeigt, daß im Richterstand heute noch eine beinahe geschlossene Front gegen die Republik und gegen die Arbeiterbewegung besteht. ◆

„HAMBURGER ECHO“: Die Schrift soll die Behauptung der rechtsstehenden Kreise zurückweisen, daß unseren Beschwerden über die heutige Rechtsprechung kein wirkliches Material zugrunde liege oder daß nur wenige Einzelfälle verallgemeinert würden. ◆

„DIE GLOCKE“: Wir wollen in den schwarzen Talaren Männer sehen, die jungen Sinnes sind und voll des Verständnisses für alle Not.

„VOLKSSTIMME“, Chemnitz: Die Broschüre gibt nur einen kleinen Auszug aus dem dunklen Bilde, aber es genügt, um auch dem letzten klar zu machen, daß es so nicht weiter geht. ◆

„TRIBÜNE“, Erfurt: Die Richtigkeit der Darstellung konnte (im Hauptausschuß des preußischen Landtages) in fast keinem Fall ernsthaft angezweifelt werden, sie würde vielmehr in der Mehrzahl der Fälle vom Justizministerium ausdrücklich bestätigt! ◆

VOLK UND RECHT

Vorschläge zur Justizerneuerung

von Rechtsanwalt Dr. Fritz Juliusberger

PREIS M. 75,-



A U S D E M I N H A L T :

*Organisationsfragen: Unabhängigkeit
der Richter -- Justizverwaltung*

*Strafrecht: Strafrechtskultur -- Medizin --
Altersstufe -- Todesstrafe -- Gift -- Abtreibung
-- Geschlechtskrankheiten -- Wiederaufnahme
des Verfahrens -- Strafvollzug*

*Zivilrecht: Zufall -- Unterschriebenes --
Ehescheidung -- Entmündigung -- Zwangs-
vollstreckung*

A U S D E N U R T E I L E N D E R P R E S S E :

„Für die Wohldurchdachtheit dieser Vorschläge spricht namentlich die Tatsache, daß sie fast durchweg ohne besondere Kosten ausführbar sind, teilweise sogar im Verwaltungswege, also ohne Inanspruchnahme der schwerfälligen Gesetzgebungsmaschine.“ (Volkszeitung, Meißen.)

„Die Ursachen der Notstände gehen, was man bisher viel zu wenig beachtet hat, auf ganz verschiedene Quellen zurück. Es ist das Verdienst des Verfassers, durch Zurückgehen auf diese letzten Quellen in völlig neuer Beleuchtung aufzudecken, wo man die eigentlichen Unzulänglichkeiten zu suchen hat.“ (Eßlinger Zeitung.)

„Jeder, der mit der Justiz in Berührung kam, hat bei der Lektüre sofort den Eindruck: so ist es. Aber man erfährt dann auch gleich, daß es nicht so zu sein brauchte.“ (Görlitzer Anzeiger.)

„Der Verfasser verfügt über einen glänzenden Stil.“
(Volksstimme, Magdeburg.)